

28. 12. 88

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

**über die Plenarsitzungen der Nordatlantischen Versammlung
am 17. und 18. November 1988 in Hamburg**

Die 34. Jahreskonferenz der Nordatlantischen Versammlung fand vom 13. bis 18. November 1988 auf Einladung der Präsidenten des Deutschen Bundestages und des Bundesrates in Hamburg statt.

Die Plenardebatte am Freitag, den 18. November 1988, stand unter dem Thema „Gorbatschows Herausforderung für das Bündnis“.

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Bundestag:

Abg. Prof. Dr. Manfred Abelein (CDU/CSU), Leiter der Delegation
Abg. Klaus Beckmann (FDP)
Abg. Frau Angelika Beer (DIE GRÜNEN)
Abg. Alfred Biehle (CDU/CSU)
Abg. Klaus Francke (Hamburg) (CDU/CSU)
Abg. Erwin Horn (SPD)
Abg. Lothar Ibrügger (SPD)
Abg. Dr. Dietmar Kansy (CDU/CSU)
Abg. Walter Kolbow (SPD)
Abg. Hans Koschnick (SPD)
Abg. Dr. Max Kunz (Weiden) (CDU/CSU)
Abg. Herbert Lattmann (CDU/CSU)
Abg. Dr. Alfred Mechtersheimer (DIE GRÜNEN)
Abg. Lorenz Niegel (CDU/CSU)
Abg. Manfred Opel (SPD)
Abg. Peter Petersen (CDU/CSU)
Abg. Uwe Ronneburger (FDP)
Abg. Helmut Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)
Abg. Werner Schreiber (CDU/CSU)
Abg. Frau Brigitte Traupe (SPD)
Abg. Karsten D. Voigt (Frankfurt) (SPD)
Abg. Werner Michael Weiß (Kaiserslautern) (CDU/CSU)
Abg. Peter Würtz (SPD)
Abg. Peter Zumkley (SPD)

Bundesrat:

Staatsminister Rudi Geil (Rheinland-Pfalz) (CDU)
Senator Horst Gobrecht (Hamburg) (SPD)
Minister Dr. Ottokar Hahn (Saarland) (SPD)
Minister Heinrich Jürgens (Niedersachsen) (CDU)
Senator Volker Kröning (Bremen) (SPD)
Ministerin Heide Simonis (Schleswig-Holstein) (SPD)
Staatsminister Dr. Georg von Waldenfels (Bayern) (CSU)

Übersicht der Tagung

Nach den Ausschusssitzungen vom 13. bis 16. November 1988 wurden am Vormittag des 17. November im Festsaal des Hamburger Rathauses die Plenarsitzungen durch den Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Abg. Ton Frinking (Niederlande), eröffnet. Es folgten Ansprachen des Präsidenten des Senats und Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Henning Voscherau, des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Helmut Kohl, und des Generalsekretärs der NATO und Vorsitzenden des Nordatlantikrates, Dr. Manfred Wörner.

Am Nachmittag folgte die Aussprache zu den Berichten und Beschlußvorlagen der Ausschüsse, in deren Verlauf folgende Entschlüsse verabschiedet wurden (Texte siehe Schlußteil der Drucksache):

- Entschluß 195 (1988) betreffend das Atlantische Bündnis und den „Gorbatschow-Effekt“ in der öffentlichen Meinung im Westen
- Entschluß 196 (1988) betreffend das Atlantische Bündnis und den Zivilschutz

- Entschließung 197 (1988) betreffend die Handelspolitik der Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses
- Entschließung 198 (1988) betreffend den Abschluß und die Implementierung eines START-Vertrages
- Entschließung 199 (1988) betreffend den Terrorismus
- Entschließung 200 (1988) betreffend die vertrauensbildenden Maßnahmen
- Entschließung 201 (1988) betreffend die Ost-West-Zusammenarbeit im Bereich von Wissenschaft, Technik und Umwelt
- Entschließung 202 (1988) betreffend die nukleare Nichtweiterverbreitung

In der Plenarsitzung am Freitag, den 18. November 1988, die unter dem Thema „Gorbatschows Herausforderung für das Bündnis“ stand, sprach der ehemalige Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, über „Erfordernisse und Gelegenheiten“. Die Versammlung verabschiedete in der darauffolgenden Aussprache die

- Entschließung 203 (1988) betreffend Gorbatschows Herausforderung für das Bündnis

Eröffnungsansprache des Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Abg. Ton Frinking (Niederlande)

Der Präsident dankte allen deutschen Gastgebern für die ausgezeichnete Gastfreundschaft und die vorzüglichen Arbeitsbedingungen, unter denen die gegenwärtige Konferenz stattfinden könne. Dies sei unter besonders erschwerenden Umständen möglich geworden dank einer guten und geräuschlosen Organisation.

In den vorausgegangenen Ausschusssitzungen seien interessante Diskussionen über die wichtigsten Anliegen und Probleme des Bündnisses geführt worden. Hierbei handle es sich vor allem um das zukünftige Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Europa und im besonderen um die Entwicklung des Europäischen Pfeilers. Hervorzuheben sei in diesem Zusammenhang der Bericht des Militärausschusses „Neue Formen der europäischen Sicherheitszusammenarbeit“. Dieses Thema werde zunehmend einen festen Platz in der Arbeit der Versammlung einnehmen. Es handle sich um einen evolutionären Prozeß, von dem keine raschen Ergebnisse zu erwarten seien. Diese Einschätzung stünde im Einklang mit dem jüngsten Sonderbericht der Versammlung über die „NATO in den 90er Jahren“, worin ein neues politisches Mandat für die NATO gefordert werde, in dem das allmählich anwachsende wirtschaftliche und politische Potential der westeuropäischen Mitglieder des Bündnisses zum Ausdruck komme.

Nach der Empfehlung des Berichtes solle ein Treffen hochrangiger Vertreter der Bündnispartner bald nach Beginn der Amtszeit der neuen US-Regierung zusammentreten, um ein solches neues politisches Mandat

zu formulieren, das u. a. die Verpflichtung der europäischen Bündnismitglieder beinhalte, die Verteidigungszusammenarbeit untereinander zu verstärken mit dem Ziel der Förderung der Sicherheit und des politischen Zusammenhalts des Westens und eines Beitrages im Hinblick auf zukünftige Fortschritte im Ost-West-Verhältnis und in der Rüstungskontrolle. Als Bausteine für die Errichtung eines westeuropäischen Pfeilers nannte er folgende Beispiele: eine jährliche Bestandsaufnahme der europäischen Sicherheitsfragen; eine Studie über notwendige institutionelle Veränderungen; die Bildung einer europäischen Division; regelmäßige Zusammenkünfte der Generalschefs der westeuropäischen NATO-Länder; verstärkte Bemühungen um den Aufbau eines Marktes für Verteidigungsgüter in europäischem Ausmaß; Spezialisierung in der Aufgabenstellung.

Er sei erfreut, daß die Empfehlungen der Versammlung große Beachtung fänden. Beispielsweise habe der zukünftige US-Präsident George Bush angekündigt, sehr frühzeitig ein NATO-Gipfeltreffen vorzuschlagen. Es sei sehr zu wünschen, daß die Gedanken des Sonderberichtes bei einem derartigen Treffen zur Geltung kämen. Mit den Empfehlungen der Versammlung stünden auch Äußerungen von Bundeskanzler Kohl in Einklang, wonach der Aufbau eines Europäischen Pfeilers schrittweise und in enger Abstimmung mit den Vereinigten Staaten erfolgen müsse und schließlich europäische Streitkräfte einschließen werde.

Im Hinblick auf die transatlantische Lastenteilungsdebatte habe er mit Genugtuung festgestellt, daß der Sonderbericht der Versammlung kürzlich bei der Behandlung des gleichen Themas im Ausschuß für die Streitkräfte des Kongresses der Vereinigten Staaten große Zustimmung gefunden habe.

Ermutigend sei es auch festzustellen, daß die Unabhängige Europäische Programmgruppe (IEPG) sich im Einklang mit den Empfehlungen des Sonderberichtes sowie derjenigen einer Beraterstudie der IEPG von 1987 entschlossen um den Aufbau eines Verteidigungsmarktes von europäischen Ausmaßen bemühe.

Dies alles seien Anzeichen des Fortschritts auf dem Wege zu einem geschlosseneren europäischen Beitrag im Bündnis. Lastenteilung stelle nicht nur ein finanzielles Problem im Zusammenhang mit dem amerikanischen Haushaltsdefizit dar, sondern beinhalte auch die Frage, wie die Europäer mehr Verantwortung übernehmen und eine größere Rolle innerhalb des Atlantischen Bündnisses spielen könnten.

Ansprache des Präsidenten des Senats und Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Henning Voscherau

Zu Beginn seiner Rede gab Dr. Voscherau einen geschichtlichen Überblick über Entwicklung und Bedeutung der Freien und Hansestadt Hamburg. Hamburg sei traditionell eine Stadt der Weltoffenheit und Toleranz, die sich zu allen Zeiten um die Vertiefung wirtschaftlicher, politischer und menschlicher Kon-

takte zu anderen Nationen im Sinne eines friedlichen Miteinanders der Völker bemüht habe.

Die Teilung Deutschlands und Europas durch eine Grenze, die nicht weit von der Stadt verlaufe, habe Hamburg schwer getroffen. Die Abtrennung von dem östlichen Hinterland habe jahrhundertealte Bindungen zerstört. Gerade deshalb sei die Stadt jedoch stets besonders bemüht gewesen, an die ehemals gewachsenen friedlichen Beziehungen zu ihren osteuropäischen Nachbarn wieder anzuknüpfen und habe weit vor den späteren Vereinbarungen zwischen Ost und West begonnen, friedlichen Handel als Element der Vertrauensbildung in Europa einzusetzen. Hamburg habe gelernt, daß im Verhältnis zu anderen Völkern von der Friedensbereitschaft des anderen auszugehen sei. Es komme darauf an, die Gründe für Mißtrauen zu beseitigen. Verbindungen seien zu schaffen, die jede Form von Gewaltanwendung für beide Seiten zum Nachteil werden ließen. Sicherheit sei mehr als eine Frage militärischer Potentiale. Die nordatlantische Allianz stelle mehr als nur ein Militärbündnis dar. Als politische Gemeinschaft habe sie in der gegenwärtigen Phase der Ost-West-Beziehungen eine historische Gelegenheit, zu Stabilität, Frieden und wirklicher Abrüstung beizutragen. Bürgermeister Dr. Voscherau begrüßte die erstmalige Anwesenheit eines Vertreters einer osteuropäischen Regierung auf einer Tagung der Allianz und hieß den ungarischen Staatssekretär im Außenministerium Dr. Gyula Horn herzlich willkommen.

Er unterstrich als gemeinsame Haltung aller demokratischer Parteien der Bundesrepublik Deutschland nach dem Abschluß des INF-Abkommens das Bestreben, den Prozeß der Abrüstung fortzusetzen mit dem Ziel, die konventionelle Stabilität unter sorgsamer Beachtung der nuklearen sicherheitspolitischen Komponente auf möglichst niedrigem Niveau zu realisieren. Als engagierter Politiker, der überwiegend auf anderen Gebieten arbeite, wundere er sich, daß das Bündnis angesichts der seit zwei Jahren signalisierten sowjetischen Verhandlungsbereitschaft noch kein eigenes Konzept zur konventionellen Abrüstung vorgelegt habe.

Die Politik militärischer Sicherheit bei gleichzeitigem Bemühen um Entspannung müsse als die Grundlage des politischen Handelns der westlichen Allianz einer breiten Öffentlichkeit stärker zu Bewußtsein gebracht werden. Erforderlich sei dies insbesondere gegenüber jenen Menschen, die eine Abkehr von dieser Politik propagierten. Einige von ihnen seien am Rande der Nordatlantischen Versammlung in Hamburg zusammengekommen, um ihren Forderungen durch Demonstrationen Nachdruck zu verleihen. Sowohl das Recht der freien Meinungsäußerung als auch das Demonstrationsrecht seien Teile der Menschenrechte, zu denen sich die Allianz bekenne und die sie schütze. Die Menschen, die diese Rechte in Anspruch nähmen, sollten allerdings auch bedenken, daß sie ihrerseits den Schutz des Bündnisses in Anspruch nehmen.

Vierzig Jahre Frieden in Europa seien ein Erfolg, zu dem das Nordatlantische Bündnis wesentlich beigetragen habe. Die neuen Aufgaben für das Bündnis seien globaler Natur. Es gehe hier nicht mehr nur um die Abwendung der Gefahr einer kriegesischen Kata-

strophe, sondern um die Bewahrung des Planeten vor der Zerstörung der natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens, um gleiche Lebenschancen für die Menschen in Nord und Süd und um die ungeahnten Gefahren der Bevölkerungsexplosion. Wenn die Allianz zur Lösung dieser Probleme im Geiste kooperativen multilateralen Vorgehens der Menschheit einen Beitrag leiste, werde sie auch in Zukunft den Frieden sicherer machen.

Ansprache des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Helmut Kohl

Herr Präsident, Herr Erster Bürgermeister,

Frau Präsidentin der Bürgerschaft, Herr Generalsekretär, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten!

Ich darf Sie zu dieser wichtigen Tagung, zum 34. Jahrestag der Nordatlantischen Versammlung, sehr herzlich hier bei uns in der Bundesrepublik Deutschland und in Hamburg begrüßen.

Sie sind hier in Hamburg in einer der schönsten und dynamischsten Städte unseres Landes. Ich freue mich über die gastliche Aufnahme, die Sie gefunden haben, und darüber, daß Sie als Ort für eine so wichtige Tagung die Bundesrepublik Deutschland gewählt haben.

Der Erste Bürgermeister hat von Demonstrationen gesprochen. Das Demonstrationsrecht gehört zu den Grundrechten unserer Verfassung. Aber denjenigen, die da demonstrieren, muß man auch immer wieder sagen: Sie können nur in Freiheit demonstrieren, weil Soldaten der Bundeswehr und der Alliierten in diesen Jahrzehnten die Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland geschützt haben.

Ich habe die Einladung, heute vor Ihnen zu sprechen, gerne angenommen. Diese Tagung findet in einem wichtigen Zeitabschnitt internationaler Politik statt. Wer die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg betrachtet, vor allem zwischen Ost und West, der spürt deutlich, daß wir gegenwärtig in einem Zeitabschnitt leben, der viele Chancen, aber auch Gefahren in sich birgt.

Die Welt, im Jahr 1988, sieht anders aus als zu Beginn der achtziger Jahre. Zwischen Ost und West gibt es neue Perspektiven. Es gibt nicht wenige — auch bei uns in der Bundesrepublik Deutschland —, die Reden bereits als Taten nehmen und bereit sind, aus einer positiven Stimmung heraus, politische Entscheidungen zu treffen.

Wir wären jedoch schlecht beraten, meine Damen und Herren, würden wir Politik aus Stimmungen heraus machen, wenngleich wir wissen, daß Stimmungen Politik beeinflussen und wir sie daher berücksichtigen müssen. Aber unsere Entscheidungen sollten realistisch in einer vernünftigen Einschätzung unserer Interessen getroffen werden.

Mehr denn je bedarf es, wenn wir Erfolg haben wollen, der sorgfältigen Abwägung und Abstimmung unserer Sicherheitsinteressen. Und „Abstimmung“

heißt, daß wir einen gemeinsamen Konsens suchen und unsere auch aus geopolitischen Gründen gelegentlich unterschiedlichen Meinungen koordinieren müssen. Das wird die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg sein.

Der Friede, den wir jetzt seit 43 Jahren haben, ist uns nicht in den Schoß gefallen.

Im nächsten Jahr wird unsere Bundesrepublik Deutschland 40 Jahre alt. Zum zweiten Mal in ihrer jüngeren Geschichte konnten die Deutschen über 40 Jahre in Frieden leben. Nur zwischen 1871 und 1914 haben wir eine vergleichbare Zeitspanne erlebt.

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, was dies für den einzelnen in diesem Land bedeutet. Wenn Sie über die Straßen Hamburgs gehen und mit den Menschen sprechen, werden Sie bei jedem zweiten feststellen können, daß er in seinem eigenen Lebensweg oder in seinem familiären Umfeld durch dieses Jahrhundert geprägt ist, daß nächste Familienangehörige im Ersten oder im Zweiten Weltkrieg als Soldaten gefallen oder in den Bombennächten umgekommen sind oder daß sie ihre Heimat verloren haben.

Wir Deutschen wissen daher, was Krieg und Leid bedeuten, und aus dieser Erfahrung heraus wissen wir erst recht, was Friede bedeutet — nicht irgendein Friede, sondern Friede in Freiheit.

Dieser Friede war nie zum Nulltarif zu haben. Er fordert von uns — wie in der Vergangenheit — auch Anstrengungen und, wenn es sein muß, Opfer ab. Dies ist notwendig, wenn wir den Frieden und die Freiheit unserer Völker erhalten wollen.

Wir schulden diese nüchterne Antwort nicht zuletzt der eigenen Öffentlichkeit. Denn nicht Sehnsucht nach Frieden allein sichert schon unsere Zukunft, sondern die Anstrengungen, die wir unternehmen, um ihn zu bewahren.

Ich sage dies bewußt in einem Land mit einer Wehrpflichtarmee, in dem wir die Wehrpflicht gerade von 15 auf 18 Monate erhöhen mußten. Wir brauchen das Opfer dieser jungen Soldaten, damit Friede und Freiheit auch in Zukunft erhalten bleiben.

Daß es auch in Zeiten schwerer politischer Konflikte in Europa nie zu einer militärischen Konfrontation kam, verdanken wir — und das kann man nicht oft genug betonen — wesentlich der Geschlossenheit des Bündnisses.

Das Atlantische Bündnis ist ein Faktor des Friedens. Wir Deutschen werden daher das, was notwendig ist, dazu beitragen, damit sich das Bündnis geschlossen und einig der Zukunft stellen kann.

Wir sollten diese friedensstiftende und friedenssichernde Funktion unseres Bündnisses besonders herausstellen, wenn wir im kommenden Jahr den 40. Jahrestag seines Bestehens feiern.

Der Erste Bürgermeister hat mit Recht darauf hingewiesen: Die Nordatlantische Allianz ist nicht nur ein Militärbündnis — das ist sie ja natürlich auch —, sie ist ein Zusammenschluß von 16 souveränen Staaten in Europa und Nordamerika zu einer Gemeinschaft

gleichberechtigter Partner, die nicht nur in ihren Sicherheitsinteressen, sondern in den gemeinsamen Grundüberzeugungen von Freiheit, Selbstbestimmung, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit übereinstimmen.

Die Allianz hat sich stets als ein Defensivbündnis verstanden, dessen oberstes Ziel die Verhinderung jedweden Krieges ist. Insofern haben wir auch keinen Nachholbedarf was die Überholung unserer Militärdoktrin angeht. Wir müssen nicht umdenken. Wir waren immer in einem Bündnis, dessen Ziel ist, friedensstiftend zu sein.

Die Rolle des Bündnisses hat sich auch nie in der Behandlung militärischer Fragen erschöpft. Mit seinem eingespielten Konsultationsmechanismus ist es vielmehr für alle Partner ein Forum für einen ständigen Meinungsaustausch und einen offenen Abstimmungsprozeß in den entscheidenden internationalen Fragen.

Es hat uns — auch das gehört zur Geschichte — nie an Stoff für kontroverse Diskussionen gemangelt. Aber — und Sie haben einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet —, die Allianz ist über diese Diskussionen nie in einen krisenhaften Zustand geraten.

Heute — und ich freue mich, dies feststellen zu können — ist der Zustand der Allianz gefestigt wie lange nicht mehr. Das Bündnis ist vital — und zukunftsorientiert und — auch das können wir mit Stolz sagen — die internationale Entwicklung hat unsere gemeinsame Politik eindrucksvoll bestätigt.

Das gilt nicht zuletzt für den Bereich von Abrüstung und Rüstungskontrolle, wo es uns gelungen ist, unsere schon früh entwickelten Konzepte durchzusetzen.

Auch im Grundsätzlichen stimmt die Richtung. Der NATO-Gipfel im März dieses Jahres hat unsere bewährten Grundsätze — das Harmel-Konzept, die Strategie der flexiblen Erwidern — bekräftigt.

Aufbauend auf diesem soliden Fundament kann die Allianz zuversichtlich an die Lösung der Fragen, die die Zukunft bereithält, herangehen.

Wir brauchen angesichts der Entwicklung in der Welt auch weiterhin eine dynamische Politik. Dies sage ich nicht zuletzt nach meinen Gesprächen mit Generalsekretär Gorbatschow Ende Oktober in Moskau sowie vor wenigen Tagen mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und seinem gewählten Nachfolger.

Reines Verharren im Status-quo-Denken wäre keine ausreichende Grundlage angesichts der anstehenden Herausforderungen, denen wir uns mit Realismus, aber auch mit der notwendigen Fähigkeit und dem Willen zur Entscheidung stellen müssen.

Sie, die Mitglieder der Nordatlantischen Versammlung, haben mit Ihrem Sonderbericht „Die NATO in den neunziger Jahren“ einen wichtigen Beitrag für die weitere Diskussion geleistet.

Ausgehend von einer klaren Analyse der bestehenden Lage und unter Berücksichtigung der traditionellen Grundsätze des Bündnisses enthält dieser Bericht eine Reihe interessanter und anregender Vorschläge, die das Bündnis sorgfältig prüfen muß.

Ich will Ihnen ausdrücklich für diesen Beitrag danken. Es ist wichtig, daß auch aus dem Kreis der Parlamente diese Anregungen kommen.

Ein zentrales Thema der Diskussion innerhalb des Bündnisses ist die Frage der Verteilung der Aufgaben, der Risiken und Verantwortlichkeiten unter den Bündnispartnern.

Tatsache ist — und das sollte man nicht verschweigen —, daß in fast allen Mitgliedsländern die Regierungen und jeweiligen Parlamente vor großen Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Verteidigungshaushalte stehen.

Vor diesem Hintergrund birgt die Diskussion über das „burden sharing“ auch gewisse emotionale Risiken — Risiken, die eine verantwortliche Politik unter Kontrolle halten muß.

Ich möchte daher auch von dieser Stelle aus an alle Beteiligten appellieren — das geht auch an unsere Adresse —, diese Diskussion, der wir nicht ausweichen, ehrlich miteinander zu führen.

Die Verteidigungsminister der NATO werden sich auf der bevorstehenden Tagung im Verteidigungs-Planungsausschuß mit einem Bericht befassen, der zum Thema Lastenverteilung im Bündnis erarbeitet worden ist.

Wir sind uns alle darin einig, daß es nicht ausreicht, umfangreiche Zahlenwerke zu bemühen, um jeweils dem anderen seine Leistungen nachzuweisen.

Unser Ziel muß sein, eine politische Bilanz dessen zu ziehen, was das Bündnis als Ganzes und was die einzelnen Bündnispartner für sich leisten können und leisten müssen, um ihrer Rolle im Bündnis gerecht zu werden.

Die Bundesrepublik Deutschland — dies will ich hier ausdrücklich bekräftigen — wird weiterhin voll und ganz die ihr im Rahmen der NATO-Verteidigung zustehenden Aufgaben erfüllen.

Auch bei uns gibt es Stimmen, die beispielsweise angesichts mancher Propaganda fragen: Brauchen wir das alles?

Ich wiederhole noch einmal den Satz: Freiheit ist nicht zum Nulltarif zu haben. Und wir müssen bereit sein, die notwendigen Opfer zu bringen, um Frieden und Freiheit zu sichern, wobei dies neben dem Materiellen auch eine Menge Probleme im Alltag mit sich bringt.

In unserem dichtbesiedelten Land stehen neben den eigenen Soldaten noch weit über 400 000 Soldaten unserer Verbündeten — die wir hier haben wollen und denen wir danken für ihren Dienst, den sie hier für unsere Freiheit leisten. Aber wer sich die Gesamtzahl — rund 900 000 — vor Augen hält, wird unschwer erkennen, daß das Probleme mit sich bringt.

Wir sollten deshalb einander nicht überfordern und damit die Gefahr heraufbeschwören, daß die Akzeptanz des Bündnisses Schaden nimmt.

Der Bundesminister der Verteidigung prüft beispielsweise zur Zeit, was getan werden kann, um die starken Belastungen, die vor allem in bestimmten Regio-

nen unseres Landes durch Tiefflüge auftreten, zu verringern.

Das kann nicht heißen, daß wir die Tiefflüge einstellen. Das wäre absurd. Aber das muß heißen, daß wir zu vernünftigen, auch psychologisch akzeptablen Regelungen kommen. Mit gutem Willen wird das möglich sein.

Meine Damen und Herren, auch bei dem Thema Verteidigung gehen wir immer von dem entscheidenden Grundsatz deutscher Politik aus, daß die Bundesrepublik Deutschland Teil der westlichen Wertegemeinschaft ist, daß wir nicht neutrale Wanderer zwischen den Welten sind, daß der Satz Konrad Adenauers heute genauso gilt wie damals — ein bitterer Satz für die Deutschen angesichts der Teilung —, nämlich, daß die Freiheit den Vorrang vor der Einheit unseres Landes haben muß.

Wir sind verlässliche Partner unserer Freunde und zugleich verlässlich, weil fest im Westen eingebundene Gesprächspartner für die östlichen Nachbarn. Und ich habe gerade in Moskau erfahren, daß man diese Berechenbarkeit wohl zu schätzen weiß.

Meine Damen und Herren, die Nordatlantische Versammlung hat in ihrem Bericht über die NATO in den 90er Jahren die Forderung nach größerer Verantwortung der europäischen Verbündeten erhoben. Ihr Präsident hat das bereits in seinem Eingangsstatement erwähnt.

Ich finde diese Forderung berechtigt. Europa kann nicht die Anwesenheit amerikanischer Truppen und Soldaten verlangen, wenn es nicht seinerseits bereit ist, einen wirklich substantiellen Beitrag zu leisten.

Ich habe auch Verständnis für die Kollegen, die im amerikanischen Wahlkampf vor ihren Bürgern Rechenschaft geben müssen über drängende Fragen, wie den Ausgleich des Budgets. Dabei spielt natürlich auch die Frage der finanziellen Verpflichtungen der Vereinigten Staaten für die Verteidigung eine Rolle. Wenn die Amerikaner ihren Steuerzahlern diese Lasten zumuten, müssen auch wir fairerweise einen substantiellen Beitrag leisten.

Ein wesentlicher Beitrag im Blick auf die Zukunft ist der Aufbau des europäischen Pfeilers der Allianz. Die Haager Plattform der WEU vom Oktober 1987 geht daher in die richtige Richtung. Unsere Vorsätze dürfen allerdings nicht nur auf dem Papier bleiben, sondern ihnen müssen Taten folgen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich jedoch ebenso klar sagen: Es geht uns nicht darum, einen europäischen Ersatz für das Bündnis zu schaffen. Wer solches wollte, ginge an den Realitäten vorbei.

Wir sollten aber alles daransetzen, die atlantische Partnerschaft ausgewogener zu gestalten und den Aufgaben der Zukunft anzupassen.

Zur Umsetzung dieser Politik verfügen die Westeuropäer über verschiedene Instrumente: die Europäische Politische Zusammenarbeit, die Unabhängige Europäische Planungsgruppe der NATO und vor allem die Westeuropäische Union.

Insbesondere die Westeuropäische Union und der Brüsseler Vertrag bieten eine gute Basis für die weitere Entwicklung einer immer engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der Westeuropäer, sowohl in Fragen der Verteidigung als auch der Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Allerdings macht die sich verändernde internationale Lage es notwendig, daß dieser 1954 geschlossene Vertrag den neuen Zielsetzungen besser angepaßt wird. Dieser Prozeß ist im vollen Gang. Wir sind im übrigen befriedigt darüber, daß die Gespräche mit Spanien und Portugal über ihren Beitritt zur WEU erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

Aber auch die Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wäre unvollständig, wenn sie nicht auch Fragen von Sicherheit und Verteidigung umfaßte.

Ich bin ein leidenschaftlicher Vorkämpfer für die europäische Einigung und gehöre zu denen, die auch hierzulande immer gesagt haben, daß die Deutschen hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten müssen.

Aber ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, wenn ich gelegentlich die These höre, daß die EG nur für den Handel da sei. Es kann nicht sein, daß die einen die Geschäfte machen und die anderen für die Verteidigung zuständig sind. Wer für die Freiheit beim Handel eintritt, muß bereit sein, gemeinsam Opfer zu bringen, um diese Freiheit zu verteidigen.

Mit der Einfügung entsprechender Bestimmungen in die Einheitliche Europäische Akte haben wir einen ersten Schritt zur Einbeziehung von Fragen von Sicherheit und Verteidigung in die politische Zusammenarbeit getan.

Motor der europäischen Zusammenarbeit sind auch auf diesem Gebiet Frankreich und Deutschland.

Mit der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Elysée-Vertrag von 1963, das die Schaffung eines gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitsrates vorsieht, haben wir die Voraussetzung dafür geschaffen, daß Deutsche und Franzosen in einem entscheidenden Bereich europäischer Politik noch enger zusammenarbeiten.

Über diese Zusammenarbeit wird außerhalb der beiden Länder viel diskutiert und — warum soll man das verschweigen — es gibt auch manchmal Mißtrauen, ja Kritik.

Ich will hier wiederholen, was François Mitterrand und ich immer wieder sagen: diese Zusammenarbeit richtet sich gegen niemanden, sie ist vielmehr eine Einladung an andere, mitzumachen.

Wären Sie eigentlich mit der deutsch-französischen Politik zufrieden, wenn die Zusammenarbeit nicht so eng wäre? Ich komme aus einer Region an der Grenze von Deutschland und Frankreich, und meine engere Heimat, die Pfalz, hat in praktisch jeder Generation Krieg, Not und Elend erlebt.

Die zwei Weltkriege in diesem Jahrhundert mit ihren unzähligen Opfern und einem kaum faßbaren Leid hatten unter anderem auch ihren Grund in der — wie man damals sagte — deutsch-französischen Erbfeind-

schaft. Ich finde, es ist ein Glücksfall der Geschichte, daß es gelungen ist, aus sogenannten Erbfeinden Freunde zu machen.

Dies betrifft nicht nur die Regierungen. Millionen junger Deutscher und Franzosen diesseits und jenseits der Grenze sind sich inzwischen nähergekommen. Ich wäre glücklich, wenn ich in meiner Amtszeit einen Vertrag mit Polen unterschreiben könnte, der ein ähnliches Jugendwerk zwischen Deutschen und Polen begründen würde.

Meine Damen und Herren, unser Bemühen, schrittweise die sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Europa mit dem Ziel einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu verstärken, dient der Festigung der atlantischen Partnerschaft. Denn auch in Zukunft hängt die Sicherheit Europas entscheidend vom amerikanischen Gegengewicht zur Kontinentalmacht Sowjetunion ab.

Bei der weiteren Ausgestaltung seiner Sicherheitspolitik sollte deshalb das Bündnis entschlossen alle Chancen nutzen, die sich aus den Veränderungen im West-Ost-Verhältnis ergeben.

Das darf aber nicht heißen, daß wir unsere Sicherheitspolitik in Zukunft im Kern nur noch auf Fortschritte im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle abstützen. Angemessene eigene Verteidigungsanstrengungen sind auch in Zukunft unverzichtbar.

Zur Zeit ist auch noch nicht zu erkennen, daß die Sowjetunion die Modernisierung ihrer Waffensysteme verlangsamt hätte. Ich verweise hier nur auf die kürzlich veröffentlichte umfangreiche Analyse des Londoner Instituts für Strategische Studien, die viel zu wenig beachtet wurde.

Wesentliches Kriterium dafür, was das Bündnis zu seiner Verteidigung benötigt, sind die eigenen Sicherheitsinteressen auf dem Hintergrund des militärischen Potentials der anderen Seite, und zwar in seinem gesamten Spektrum und einschließlich der für uns in Europa wichtigen und in sich nicht beeinflussbaren geostrategischen Gegebenheiten.

Das Bündnis braucht auch künftig ein ausgewogenes Verhältnis von nuklearen und konventionellen Streitkräften. Wir können unsere Strategie nicht darauf ausrichten, was möglicherweise morgen oder übermorgen sein wird, sondern müssen uns an dem orientieren, was jetzt und heute ist.

Eine wirksame Abschreckung ohne Nuklearsysteme auf dem zu verteidigenden Territorium ist unter den heutigen Gegebenheiten nicht glaubwürdig.

Wir sollten im übrigen, meine Damen und Herren, aus den INF-Verhandlungen die Lehre gezogen haben, daß weitere Fortschritte im Bereich von Rüstungskontrolle und Abrüstung nur dann erfolgreich durchzusetzen sind, wenn wir unsere Sicherheitsinteressen wahren und nicht einseitig wesentliche Komponenten unseres Verteidigungspotentials zur Disposition stellen.

Ich habe zu meiner großen Freude gehört, daß mein Vorgänger im Amt, Helmut Schmidt, morgen zu Ihnen spricht. Er ist einer der Väter des NATO-Doppel-

beschlusses, und Sie sollten dies morgen würdigen. Ich als sein Nachfolger habe diesen Beschluß eingelöst, und die Einlösung dieses Beschlusses und die hieraus folgende Stationierung der Mittelstreckenwaffen hat letztlich zum INF-Vertrag geführt.

Im übrigen, was immer Sie lesen und hören – auch hier in Hamburg –, die große Mehrheit unserer Bürger in der Bundesrepublik Deutschland begreift und akzeptiert diese Politik der Friedenssicherung.

Meine Damen und Herren, zu den fundamentalen Tatbeständen der Nachkriegszeit gehört, daß der Warschauer Pakt – und dies wird jetzt in Moskau selbst öffentlich gesagt – systematisch Überlegenheiten in Europa geschaffen hat, die ihm die Fähigkeit zu raumgreifenden Operationen und zur Invasion sichert. Wir können über diese Tatsache nicht hinwegsehen. Wer Mißtrauen abbauen und Vertrauen aufbauen will, kann sich nicht mit der Erklärung begnügen, er habe keine Angriffsabsichten.

Die Sowjetunion – und darüber habe ich auch in Moskau gesprochen – bleibt aufgefordert, ihre militärische Präsenz an den Notwendigkeiten der Selbstverteidigung zu orientieren – was auch ein Umdenken im Bereich der Militärdoktrin bedeutet – und konsequent den Weg zu einer wirklich umfassenden Rüstungskontrolle und Abrüstung mit dem Ziel zu beschreiten, das Kräfteverhältnis in Europa auf niedrigerem Niveau zu stabilisieren.

Auch die Sowjetunion spricht heute davon, daß wir mehr Vertrauen in den Beziehungen brauchen. Ich bin leidenschaftlicher Anhänger dieser These und verweise immer wieder auf das Kommuniqué des ersten Treffens zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow damals in Genf, in dem steht, daß Vertrauen auf einer breiten Grundlage wachsen soll.

Wir werden nicht wirklich zu mehr Abrüstung kommen, wenn wir nicht auf allen Gebieten – bis hin zu den Menschenrechten – mehr gegenseitiges Vertrauen schaffen.

Wir haben bei der Abrüstung und Rüstungskontrolle wichtige Ergebnisse erreicht:

- das Inkrafttreten und die Implementierung des INF-Vertrages;
- die erfolgreiche Anwendung der auf der KVAE vereinbarten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen,
- substantielle Fortschritte bei den START-Verhandlungen.

Insbesondere der INF-Vertrag war ein historischer Durchbruch. Er war möglich, weil unser Bündnis geschlossen und standfest seine Politik vertreten hat.

Der Vertrag ist auch ein Beweis dafür, daß die sowjetische Führung heute, anders als früher, bereit ist, zu einem wirklichen Interessenausgleich beizutragen.

Im INF-Vertrag sind wesentliche Grundgedanken niedergelegt und von der Sowjetunion akzeptiert worden, die auch für künftige Abrüstungsvereinbarungen wegweisend sind. Ich nenne besonders

- den Grundsatz, daß derjenige, der mehr Waffen hat, auch mehr abrüsten muß,
- die zwingenden, strengen Kontrollen durch die Vertragspartner vor Ort, die noch vor kurzem undenkbar schienen
- sowie schließlich die Maxime, daß Abrüstung nur dann einen Sinn macht, wenn am Ende des Abrüstungsprozesses die Sicherheit für die Beteiligten größer und nicht geringer geworden ist.

Die Bundesregierung setzt sich seit vielen Jahren mit besonderem Nachdruck für ein weltweites Verbot von chemischen Waffen ein. Angesichts der erschütternden Bilder, die wir in der jüngsten Vergangenheit sehen mußten, sollte jeder erkennen, daß eine Vereinbarung über ein Verbot dieser Waffen überfällig ist – auch angesichts der unübersehbaren Gefahr, daß bestimmte Länder offensichtlich dabei sind, sich Vorräte auf diesem Feld anzuschaffen.

Ich habe über diese Frage letzte Woche mit unseren amerikanischen Freunden gesprochen, und sowohl der amtierende als auch der künftige Präsident sind mit mir darin einig, daß wir größte Anstrengungen unternehmen müssen, um bei den C-Waffen so schnell wie möglich zu einem weltweiten Verbot zu kommen. Ich halte das für eine ganz wichtige Aufgabe der vor uns liegenden Zeit.

Wir begrüßen die von Präsident Reagan angekündigte Initiative für eine Konferenz der Signatarstaaten des Genfer Protokolls von 1925 und ebenso die Einladung von Präsident Mitterrand, eine solche Konferenz in Paris durchzuführen.

Über all diesen Bemühungen dürfen wir jedoch das Ziel eines weltweiten Verbots der Chemiewaffen nicht aus den Augen verlieren.

Meine Damen und Herren, das Kernproblem der militärischen Sicherheit in Europa, die konventionelle Stabilität, rückt immer mehr in das Zentrum der Abrüstungsbemühungen, auch im Osten.

Die Gespräche über ein Mandat für Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa sind erfreulich weit fortgeschritten. Damit hängt der von der Bundesregierung gewünschte möglichst baldige Beginn dieser Verhandlungen in erster Linie von einem erfolgreichen Abschluß des Wiener Folgetreffens ab. Ich meine, bei Aufbringung des erforderlichen politischen Willens müßten die verbliebenen Probleme – die Koordinatoren haben ja gute Arbeit geleistet – gelöst und ein substantielles und ausgewogenes Schlußdokument erstellt werden können.

Bis zum Beginn der eigentlichen KRK-Verhandlungen gilt es nun, die letzten Fragen zur Sachposition im Bündnis zu klären. Dabei geht unser Verhandlungskonzept davon aus, daß maßgeblich für die Invasionsfähigkeit überlegene konventionelle Streitkräfte mit hoher Feuerkraft und großer Mobilität sind, also in erster Linie gepanzerte und mechanisierte Verbände mit ihrem Großgerät an Panzern, Schützenpanzern und Artillerie.

Wenn wir die bestehenden stabilitätsgefährdenden Ungleichgewichte abbauen wollen, müssen wir hier

ansetzen und auf ein Konzept gleicher Höchststärken hinarbeiten.

Die Voraussetzungen für erfolgreiche Verhandlungen über konventionelle Stabilität werden sich verbessern, wenn es gelingt, ein gemeinsames Verständnis über die ausschließlich defensiven Aufgaben von Streitkräften zu entwickeln — wie es für den Westen bereits gilt — und daraus Maßstäbe für ihren Umfang, ihre Bewaffnung und ihre Dislozierung abzuleiten.

Mehr Offenheit und Berechenbarkeit militärischen Verhaltens sind unerläßliche Voraussetzungen erhöhter Sicherheit. Deshalb wollen wir nicht nur graduelle Verbesserungen des vorhandenen Instrumentariums vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen, sondern auch qualitativ neue Maßnahmen.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch eine Frage ansprechen, die psychologisch-politisch für die Bundesrepublik Deutschland von besonderer Bedeutung ist. Ich meine die drastische Überlegenheit der Sowjetunion im Bereich der nuklearen Kurzstreckengewaffen.

Diese Waffen stellen für die Mitgliedsländer und die Truppen des Bündnisses in unmittelbarer Reichweite eine ernste Gefahr dar. Ich habe in Moskau erneut an Generalsekretär Gorbatschow appelliert, diese einseitige sowjetische Überlegenheit abzubauen. Dies würde auch künftige Verhandlungen in diesem Bereich, wie sie ja im Beschluß der NATO-Außenminister in Reykjavik vorgesehen sind, erleichtern.

Es bleibt, meine Damen und Herren, eine wichtige Aufgabe des Bündnisses, im Rahmen der Weiterentwicklung seines Gesamtkonzepts für Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle einvernehmliche Positionen auch für diese Systeme zu entwickeln. Eine Nulllösung in diesem Bereich, das will ich auch hier deutlich sagen, kommt für uns nicht in Betracht. Denn dies wäre ein entscheidender Schritt zur Denuklearisierung Westeuropas, die aus meiner Sicht nicht friedensstiftend, sondern gefahrenverheißend für die Zukunft wäre.

Ich gehe davon aus, daß es möglich sein muß — und wir werden unseren Beitrag dazu leisten, was immer in Brüssel oder anderenorts erzählt wird —, das Gesamtkonzept auf der Tagung der NATO im Mai oder Juni von den Staats- und Regierungschefs zu verabschieden.

Meine Damen und Herren, es sind nicht in erster Linie Waffensysteme, so furchterregend gerade auch ihre Anhäufung bei uns in Europa ist, die über Stabilität und Frieden entscheiden, sondern der dahinterstehende politische Wille.

Stärkung und Sicherung des Friedens in Europa verlangen daher einen umfassenden Ansatz. Die Ursachen von Spannungen müssen abgebaut, das Bewußtsein der Interdependenz muß gestärkt werden.

Und zu einem solchen „neuen Denken“ auch von unserer Seite gehört auch, daß wir, wenn die Sowjetunion wirklich Offenheit — auch nach außen — entwickelt, nicht beiseite stehen und abwarten, sondern daß wir unter voller Wahrung unserer Interessen zu einem offenen Dialog bereit sind.

Jene These, die ich gelegentlich in Europa und auch in Amerika höre, daß wir nur abwarten müssen, wie sich die Dinge entwickeln, wird uns nicht weiterbringen. Ich plädiere vielmehr dafür, daß wir — bei klarer Sicht auch der Gegensätze zwischen Freiheit und Unfreiheit neues Vertrauen schaffen, aufeinander zugehen und dort, wo es möglich ist, um der Menschen willen vernünftige Entwicklungen für die Zukunft in Gang bringen.

Mehr als 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist Europa immer noch ein geteilter Kontinent. Wir schulden es den Menschen in Europa, die Trennung und ihre für sie unannehmbaren Folgen zu überwinden.

Für uns Deutsche bleibt entscheidend, daß auch das Bündnis sich zu seiner Verantwortung für eine Lösung der deutschen Frage bekennt, so wie dies zuletzt im Frühjahr dieses Jahres in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Allianz geschehen ist.

In der Tat bleibt es ein entscheidendes Ziel der Allianz, wie es in dieser Erklärung heißt, „eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa mit geeigneten Sicherheitsgarantien zu schaffen“.

Meine Damen und Herren, niemand von uns kennt den Weg der Geschichte, auch Generalsekretär Gorbatschow nicht. Aber ich bin sicher, wenn wir gemeinsam die großartige Idee der Freiheit in der Geschichte voranbringen, haben wir allen Grund zu Zuversicht und Optimismus.

In zwölf Jahren geht dieses Jahrhundert zu Ende, ein Jahrhundert, das entsetzliches Leid gerade auch in deutschem Namen über die Menschen gebracht hat.

Aber es gibt viele neue Anstöße. Ich sprach von der deutsch-französischen Freundschaft. Der Traum von Romain Rolland in den zwanziger Jahren ist jetzt Wirklichkeit geworden.

Wir sind auf dem Weg zum großen europäischen Markt mit 320 Millionen Menschen. Dabei ist EG-Europa nicht mit Europa gleichzusetzen. Zu Europa gehört mehr. Zu Europa gehören auch Prag und Warschau, Krakau und Kiew und natürlich Leipzig und Dresden. Wir haben jetzt im freien Teil Europas die Chance, einen weiteren wichtigen Schritt zur Überwindung des Nationalstaats in eine neue Zukunft, ins 21. Jahrhundert, zu gehen.

Wir haben daher Grund zum Optimismus. Die Idee der Freiheit hat sich als stärker erwiesen als alle anderen Ideen und Ideologien, die in diesem Jahrhundert verkündet wurden. Und wir haben Grund zum Optimismus, weil es eine große Chance gibt, in diesem Teil der Welt den Frieden zu bewahren.

**Ansprache des Generalsekretärs der NATO und Vorsitzenden des Nordatlantikrates,
Dr. Manfred Wörner**

Generalsekretär Dr. Wörner dankte für die Einladung, die ihm zum ersten Mal in seinem neuen Amt Gelegenheit biete, zu den Parlamentariern der Nordatlan-

tischen Versammlung zu sprechen. Nach 40jährigem Bestehen befinde sich das Bündnis in einer Phase wichtiger neuer Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis, deren erfolgreiche Bewältigung ein gemeinsames Verständnis über die eigenen Ziele nicht nur bei den Regierungen der Mitgliedsländer, sondern auch in ihren Parlamenten erfordere. Mehr als je zuvor bedürfe es einer umfassenden Strategie, in der die Verteidigungs- und Sicherheitsbemühungen durch politisches und wirtschaftliches Handeln unterstützt würden. Eine Zeit des Wechsels und der Veränderungen, der Herausforderungen und neuer Möglichkeiten sei angebrochen. Dies betreffe sowohl das Ost-West-Verhältnis als auch die transatlantischen Beziehungen. Vor allem sei es eine Zeit des großen Erfolges für das Bündnis, dessen Werte Freiheit, Demokratie und Menschenrechte auf dem Vormarsch seien. Der Kommunismus habe versagt und verliere seine Anziehungskraft.

Manchmal werde der Vorwurf erhoben, das Bündnis reagiere zurückhaltend und zu spät auf die Initiativen Gorbatschows. Doch das Gegenteil sei wahr. Auf jeglichem Gebiet der Rüstungskontrolle beruhe der Fortschritt auf westlichen Initiativen. Dies sei der Fall bei der INF-Null-Lösung, bei START, bei den Gesprächen über die chemischen Waffen, bei den Gesprächen über die konventionelle Stabilität wie auch in dem gesamten Helsinki-Prozeß. Gegenüber dem Feuerwerk an Vorschlägen Gorbatschows liege die konzeptionelle Initiative auf seiten des Westens.

Stets habe sich das Bündnis in der Lage gesehen, auf Veränderungen und Herausforderungen zu reagieren. In der Mitte der 60er Jahre, als die Sowjetunion sich als nukleare Supermacht etablierte, sei die Strategie der massiven Vergeltung ersetzt worden durch die neue Strategie der flexiblen Erwidmung. Nach der Phase des Kalten Krieges sei die Doktrin des Harmel-Berichtes als eine auf angemessene Verteidigungsfähigkeit gestützte Politik der Bereitschaft zum Dialog angenommen worden. In jüngerer Zeit habe sich angesichts neuer Möglichkeiten in den Ost-West-Verhandlungen innerhalb des Bündnisses ein Prozeß der Konsultation von beispielloser Intensität und großem Umfang entwickelt.

Die gegenwärtige Zeit der Veränderungen berge drei große Herausforderungen: Die neuen Möglichkeiten in den Ost-West-Beziehungen müßten genutzt werden, um eine stabilere, sicherere und humanere internationale Ordnung zu erreichen; die Partnerschaft zwischen Amerika und Europa müsse auf der Basis gerecht verteilter Rollen, Risiken und Verantwortlichkeiten entwickelt werden und schließlich sei die Unterstützung für das Bündnis und seine Politik durch die Öffentlichkeit sicherzustellen. Es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß sich das Bündnis den gegenwärtigen Veränderungen nicht in derselben Weise wie in der Vergangenheit zu stellen vermöge, denn die meisten neuen Veränderungen seien gerade auf den eigenen Erfolg zurückzuführen. Die neuerliche Debatte über die zukünftige Teilung der Lasten und Verantwortlichkeiten im Bündnis sei im Grunde ein Ergebnis des erfolgreichen Wiederaufbaus Westeuropas sowie der Überwindung historischer Vorurteile durch zuvor nicht gekannte Integration. Demge-

genüber seien die gegenwärtigen Reformbemühungen der Sowjetunion zurückzuführen auf ihre Unfähigkeit, mit dem westlichen Erfolg zu konkurrieren.

Das Bündnis sei stets bereit, auf neue Herausforderungen mit neuen Lösungen zu antworten. Ein Beispiel für diese mutige, offene und von Vorstellungskraft getragene Haltung stelle der Sonderbericht der Nordatlantischen Versammlung über „Die NATO in den 90er Jahren“ dar. In dieser Studie werde ein Beitrag zur überaus wichtigen Debatte über die zukünftige Gestalt der transatlantischen Partnerschaft geleistet. Er stimme überein mit der grundlegenden Aussage des Berichtes, daß nach wie vor das Bündnis und seine gegenwärtige Strategie den besten Weg zur Erhaltung der Sicherheit seiner Mitglieder darstellten. Gleichzeitig weise der Bericht auf grundlegende Veränderungen hin, die sich über die letzten Jahrzehnte ergeben hätten. Die wirtschaftliche Macht und das politische Gewicht der europäischen Verbündeten seien außerordentlich gewachsen. Es ergebe sich die Frage, wie diese Tatsache in den zukünftigen transatlantischen Beziehungen ihren Ausdruck finden werde. Die Frage habe zwei Aspekte: Erstens, wie sei auf den in den Vereinigten Staaten weitverbreiteten Eindruck zu reagieren, die Europäer trügen keinen angemessenen Anteil der Sicherheitsaufwendungen. Und zweitens, wie werde und wie sollte sich die fortschreitende Integration Westeuropas auf die atlantische Partnerschaft auswirken.

Der erste Aspekt werde gegenwärtig von einer Studiengruppe der NATO untersucht, die im Auftrag der Verteidigungsminister einen Bericht über die Verteilung der Risiken, Rollen und Verantwortlichkeiten im Bündnis erstelle. Bei dem Bericht handele es sich um die bisher gründlichste Untersuchung über die Systeme. Es könne davon freilich nicht die endgültige Lösung des Problems erwartet werden, doch stelle der Bericht einen ersten nützlichen Schritt dar, auf dem weitere Maßnahmen aufbauen könnten. Wie immer man das Problem der Lastenteilung auch betrachten möge, im wesentlichen handele es sich um die Frage der Höhe der für Verteidigungszwecke zur Verfügung gestellten Ressourcen. Er selbst sei der Auffassung, die Verteidigungsausgaben müßten noch erhöht werden, um wesentlichen Erfordernissen bei den Streitkräften gerecht zu werden. Insbesondere dürften nicht Erfolge von heute, wie der INF-Vertrag, morgen zu einem Zögern führen, eine angemessene Verteidigung sicherzustellen. Freilich sei er trotz dieser Ansicht auch Realist und kenne die haushaltsmäßigen Schwierigkeiten. Wenn auch nicht allzuviel zusätzliche Mittel zur Verfügung stünden, so käme es um so mehr darauf an, alles zu tun, um die vorhandenen Mittel in der besten Weise zu nutzen. An hoffnungsvollen Bemühungen hierfür fehle es nicht.

Der zweite Aspekt, die Auswirkung der gegenwärtigen europäischen Integrationsbemühungen auf die transatlantische Partnerschaft sei langfristiger Natur. Grundsätzlich liege ein stärkeres und geeinigteres Europa im Interesse des Bündnisses, als Ganzem. Maßnahmen wie die Errichtung eines einheitlichen europäischen Marktes, die Intensivierung der europäischen politischen Zusammenarbeit, die Bildung einer gemeinsamen französisch-deutschen Brigade und

auch die Bemühungen um eine neue Rolle der Westeuropäischen Union seien jeweils Schritte in die richtige Richtung. Man müsse jedoch stets dabei die größere atlantische Sicherheitspartnerschaft vor Augen behalten. Auf absehbare Zeit würden weiterhin Stabilität und Sicherheit des europäischen Kontinents von den Demokratien Nordamerikas abhängen. Ein europäischer Pfeiler werde nur als Stütze der atlantischen Brücke von Nutzen sein. Ferner bliebe die Verteidigung der Flanken von großer Bedeutung für die Sicherheit des gesamten Bündnisses. Seine Sicherheit sei und bleibe unteilbar.

Im Hinblick auf spezielle Vorschläge in dem Sonderbericht der Versammlung über „Die NATO in den 90er Jahren“ sagte Generalsekretär Dr. Wörner, die Errichtung multinationaler Streitkräfte, wie die europäische Division, werfe die Frage auf, ob sie dem Bündnis neue Ressourcen zuführten oder lediglich aus dem Bündnis bereits unterstellten Streitkräften gebildet würden, und ob sie Teil seiner integrierten Militärstruktur werden oder dieselbe gar schwächen würden. Auch der Vorschlag, jährlich eine Analyse über die europäische Bedrohung zu erstellen, führe zu der Frage, welche Bedeutung dies gegenüber Analysen für das gesamte Bündnis habe. Auch müsse man sich bewußt bleiben, daß von einem wirklichen europäischen Pfeiler erst gesprochen werden könne, wenn alle 14 europäischen Mitglieder an dieser neuen Struktur beteiligt würden.

Generalsekretär Dr. Wörner unterstrich die Ansicht, eine wachsende Wirtschaftskraft Europas müsse sich auch in der Bereitschaft, einen größeren Anteil der finanziellen Lasten der gemeinsamen Verteidigung zu übernehmen, ausdrücken. Er wies auch auf amerikanische Befürchtungen hin, das Europa von 1992, der einheitliche europäische Markt, werde sich als ein noch stärkerer wirtschaftlicher Konkurrent erweisen. Er mahnte, in einer Partnerschaft als Basis für die gemeinsame Sicherheit dürfe es keinen Protektionismus geben, weder in einem einheitlichen europäischen Markt, noch in den Vereinigten Staaten. Bereits vor mehr als dreißig Jahren hätten die „drei weisen Männer“ in ihrem Bericht über die nicht-militärische Kooperation in der NATO festgestellt, daß politische Kooperation und wirtschaftlicher Konflikt nicht vereinbar seien.

Er warnte ebenfalls vor verfrühten Rufen nach Senkung der Verteidigungskosten unter Berufung auf sowjetische Erklärungen über einen Wechsel zu einer mehr auf Verteidigung ausgerichteten Streitkräftestruktur. Diese Vorstellungen eilten den Tatsachen voraus. In Wahrheit sei noch keine Verminderung der sowjetischen militärischen Stärke eingetreten. Die Produktionsrate an Panzern, Schiffen und Flugzeugen sei noch nicht reduziert worden. Die Modernisierung der nuklearen und konventionellen Streitkräfte schreite weiter fort. Der Westen dürfe aufgrund der Erklärungen Gorbatschows keine militärischen Konsequenzen ziehen, bevor dies nicht die Sowjetunion selbst tue. Einstweilen müsse das Bündnis der Öffentlichkeit erklären, daß Verteidigungsfähigkeit und Dialogbereitschaft weiterhin integrale Bestandteile seiner Sicherheitsstrategie seien. Natürlich werde das Bündnis seine Verteidigungspolitik nicht isoliert von

den Zielen der Rüstungskontrolle oder in solcher Weise betreiben, die verifizierbare Abkommen unmöglich machen könnte. Auch werde Modernisierung nicht zu dem Zwecke genutzt, durch Abkommen eliminierte Waffen zu ersetzen. Bemühungen, die konventionellen und nuklearen Streitkräfte auf dem neuesten Stand zu halten, seien nicht mit Aufrüstung gleichzusetzen. Die Erhaltung der Verträglichkeit zwischen den Bemühungen um die Verteidigung einerseits und um die Rüstungskontrolle andererseits werde in den kommenden Jahren einen wesentlichen Teil der Politik des Bündnisses ausmachen.

Angesichts beachtlicher Reformbemühungen in der Sowjetunion, auf die das Bündnis seit Jahrzehnten gedrängt habe, stelle sich die Frage, welche Haltung der Westen zu diesen Vorgängen einnehmen solle. Er könne und müsse eine nützliche Rolle spielen, vorausgesetzt, die Sowjets lieferten den Beweis, daß sie nicht lediglich eine Atempause suchten, die ihnen später von einer verbesserten wirtschaftlichen Basis aus erlauben würde, erneut nach militärischer Überlegenheit zu streben. Man müsse bedenken, daß die Sowjetunion keineswegs im Begriffe sei, eine demokratische und pluralistische Gesellschaft zu werden. Außerdem hingen Erfolg oder Scheitern der sowjetischen Reformbemühungen nicht von der westlichen Welt, sondern von ihnen selbst ab.

Wenn Gorbatschow von dem Ziel eines „gemeinsamen Hauses Europa“ spreche, lasse dies nach den gemeinsamen Konstruktionsplänen und nach den gemeinsamen Fundamenten fragen. Die Baupläne für solch ein gemeinsames Haus lägen bereits seit 1975 in der KSZE-Schlußakte von Helsinki vor. Sie brauchten nur Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt zu werden, aber es könne kein gemeinsames Haus Europa geben, solange den Bewohnern eines Flügels der Zugang zu den anderen Räumen verwehrt werde und kein freier Austausch von Ideen und Informationen gestattet sei. Es werde noch Zeit brauchen, diese Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Einstweilen müßten sich die Bündnismitglieder daran erinnern, daß sie bereits in einem anderen Hause wohnten, „dem gemeinsamen atlantischen Haus“. Was für ein neues Haus auch immer gebaut werde, über die Partnerschaft mit den Demokratien Nordamerikas und deren Rolle in Europa sei nicht zu verhandeln. Die nordatlantische Allianz sei in erster Linie ein politisches, nicht ein militärisches Bündnis. Seine Legitimation beruhe nicht auf Waffen, sondern auf der Entschlossenheit freier Völker, sich nicht unterdrücken zu lassen. Über das Konzept des Bündnisses für die Ost-West-Beziehungen könne es keinen Zweifel geben: mehr Freiheit, mehr Menschenrechte, mehr Austausch von Menschen und Ideen, weniger Waffen. Solange die 16 Demokratien des Bündnisses ihren Zusammenhalt wahrten und sich der Herausforderung von Veränderungen stellten, dürften sie nach seiner festen Überzeugung weitere Erfolge erwarten.

Nach diesen Ausführungen beantwortete Generalsekretär Dr. Wörner einige Fragen der Delegierten.

Abg. Gerosa (Italien) knüpfte an die Aussage des Redners an, der Kommunismus habe versagt und besitze keine Anziehungskraft mehr. Er bat um die Einschätz-

zung des Generalsekretärs, ob dies den Zerfall des sowjetischen Imperiums und eine erhöhte Gefahr aus dem Osten bedeute oder ob mit einer Entwicklung der östlichen Welt in Richtung des Sozialismus westlicher Prägung, in dem Friede und Menschenrechte die höchsten Werte darstellten, zu rechnen sei.

Generalsekretär Dr. Wörner erklärte, er sehe sich nicht in der Lage die angesprochene Entwicklung vorherzusagen. Er habe jedoch zwei klare Antworten für die Frage, wie sich der Westen gegenüber jedwedem Gang der Dinge im Warschauer Pakt verhalten sollte: Erstens müsse das Bündnis in jedem Falle über eine starke und verlässliche Verteidigungsfähigkeit verfügen; zweitens werde es tun, was möglich und nötig sei, um die Entwicklung in dem Sinne zu fördern, daß sich nicht wieder ein sowjetisches Imperium mit voller Militärkraft entwickle.

Abg. **Lord Kimberley** (Vereinigtes Königreich) fragte, ob Gorbatschow sein Denken gegenüber einer jahrzehntelangen offensiv ausgerichteten sowjetischen Militärmaschinerie werde durchsetzen können. Generalsekretär Dr. Wörner erwiderte, nach seiner Einschätzung habe Gorbatschow gewiß die Absicht, den Militärapparat zu verändern. Er sei jedoch nicht sicher, ob ihm dies gelingen werde. Große Hindernisse stünden dem entgegen. Im Bündnis komme es weniger darauf an zu fragen, was Gorbatschow tun müsse, als vielmehr die Frage zu stellen, welche eigene Haltung diesen Vorgängen gegenüber die richtige sei. Auch hier könne die Antwort nur lauten: Förderung der positiven Bestrebungen Gorbatschows unter Beibehaltung einer starken eigenen Verteidigungsfähigkeit.

Senator **Roth** (USA) stellte fest, daß die Integration Europas zu einem Gemeinsamen Markt grundsätzlich im Interesse des Bündnisses läge. Es gebe allerdings auch Befürchtungen, die von der Möglichkeit einer Entwicklung zu einer Festung Europa sprächen und darin Gefahren für das Bündnis sähen. Beispielsweise sei der Vorschlag geäußert worden, im Gemeinsamen Europäischen Markt Zölle auf nichteuropäische Verteidigungsgüter zu erheben. Dies könne zu ernsthaften Störungen in der Allianz führen, und er frage, ob im Bündnis Verfahren zur Behandlung solcher Probleme vorgesehen seien.

Generalsekretär Dr. Wörner antwortete, niemand könne verhindern, daß das Bündnis sowohl im Rat als auch in den Gremien alle Fragen behandle, die wichtig seien. Als Generalsekretär kenne er die Bedeutung des angesprochenen Problems und habe alle Mitgliedsländer bereits eindringlich aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um eine derartige Entwicklung zu vermeiden.

Abg. **Frau Beer** (Bundesrepublik Deutschland) sprach das Problem der Ersetzung veralteter Lance-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland durch neue Atomraketen an und fragte, was die Sowjetunion tun müsse, damit die NATO auf diese neuen Atomwaffen verzichte. In seiner Antwort verwies Generalsekretär Dr. Wörner auf die Antwort, die bereits Bundeskanzler Dr. Kohl zu dieser Frage gegeben habe: Das Bünd-

nis erwarte, daß die Sowjetunion ihre Überlegenheit nicht nur im atomaren, sondern auch im konventionellen Bereich aufbehalte. Das westliche Bündnis sei immer ein Verteidigungsbündnis gewesen, das nur über die minimalen, die Verteidigung garantierenden Streitkräfte verfüge. Angesichts der stetigen sowjetischen Modernisierung der atomaren und konventionellen Bewaffnung müsse auch das Nordatlantische Bündnis die Bewaffnung seiner Streitkräfte auf dem letzten Stand halten.

Abg. **Frau Pelosi** (USA) stellte die Frage, wie sich die Gewährung von Krediten, die doch auch eine strategische Bedeutung hätten, in die Gesamtstrategie des Bündnisses einfügten. Generalsekretär Dr. Wörner entgegnete, er könne hierzu zwar nicht im Namen des Bündnisses sprechen, das hierüber keinen Beschluß gefaßt habe, persönlich sei er jedoch der Ansicht, solange Handelsbeziehungen beiden Seiten Vorteile brächten, sei dies in Ordnung. Man dürfe aber Gorbatschow insgesamt nicht die Wahl ersparen, entweder sein Land oder seine Waffen zu modernisieren.

Abg. **Genton** (Frankreich) bat um die Meinung des Generalsekretärs zur deutsch-französischen Verteidigungszusammenarbeit und insbesondere zu Erklärungen, die der Besorgnis Ausdruck verliehen, diese bilaterale Zusammenarbeit könne zu verringerter atlantischer Solidarität führen.

Generalsekretär Dr. Wörner antwortete, er könne bisher nur erkennen, daß versucht werde, eine bessere Zusammenarbeit auf den Gebieten der Rüstungsentwicklung, der Forschung und der Beschaffung zu erreichen. Dies gelte für Europa und für das Bündnis insgesamt. Solange eine solche Entwicklung das Bündnis stärke und mit seinen Zielen vereinbar sei, solange sei nichts daran auszusetzen. Es wäre jedoch gefährlich, wenn die Märkte innerhalb des Bündnisses zwischen Europa und Nordamerika abgeschottet würden.

Abg. **Sir Philip Goodhart** (Vereinigtes Königreich) griff die von Bundeskanzler Dr. Kohl geäußerte Forderung nach einem Verbot der chemischen Waffen auf. Es sei bekannt, daß diese Waffen eingesetzt würden, ohne daß sich einhelliger Protest dagegen erhebe. Einige NATO-Länder hätten ihren Handel mit dem Irak eingeschränkt, andere dagegen ausgedehnt. Er frage, ob es nicht möglich sei, die Haltung der Bündnisländer in dieser wichtigen Sache zu koordinieren.

Generalsekretär Dr. Wörner erklärte, nach seiner Ansicht wäre es natürlich nützlich, wenn die westlichen Bündnisländer ihr Vorgehen in dieser überaus wichtigen Frage koordinierten. Es zeichne sich eine ganz neue Art der Bedrohung der Sicherheit ab, wenn eine unkontrollierte Weiterverbreitung der chemischen Waffen und der Raketentechnik als Kombination stattfinde. Daher sei es ein dringendes Anliegen des Bündnisses, bald zu einem weltweiten und verifizierbaren Verbot der chemischen Waffen zu kommen.

Allgemeine Aussprache

a) Wirtschaft

Der Generalberichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Abg. **Engwirda** (Niederlande) berichtete anstelle der Vorsitzenden, Frau Minister Simonis (Bundesrepublik Deutschland) von der Arbeit des Ausschusses. Drei Hauptthemen hätten im Mittelpunkt der Diskussionen gestanden: 1) Die allgemeinen Wirtschaftstrends in den westlichen Industrieländern und ihre Auswirkungen auf die Verteidigungsausgaben im Bündnis; 2) die Wirtschaftsreformen in Osteuropa und die Aussichten für verbesserte Wirtschaftszusammenarbeit zwischen West und Ost; 3) Spannungen in den transatlantischen Handelsbeziehungen und ihre Auswirkungen auf den Zusammenhalt des Bündnisses. — Zu letzterem Thema habe der Unterausschuß „Transatlantische Handelsbeziehungen“ einen Entschließungsentwurf vorgelegt. Im internationalen Handel nähmen bilaterale, regionale und protektionistische Maßnahmen zu, die zu Spannungen führten. Die Entschließung weise darauf hin, daß dies sich nicht nur negativ auf Produktion und Beschäftigungslage auswirken werde, sondern auch die Stabilität des Bündnisses beeinträchtigen könne. Es werde auch festgestellt, daß der Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Abschaffung der Tarifkonzessionen für den Import von Verteidigungsgerät aus Nichtmitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft eine protektionistische Maßnahme wäre, die sich für den bündnisinternen Handel schädlich auswirken müßte. Vor allem würden die Regierungen der Mitgliedsländer auch aufgefordert, dem protektionistischen Druck auf dem Landwirtschaftssektor nicht nachzugeben. Insgesamt handele es sich bei dem vorliegenden Bericht und dem eingebrachten Entschließungstext bisher nur um ein Zwischenergebnis, das der Unterausschuß bis zur nächsten Jahrestagung in Rom durch detailliertere Aussagen ergänzen und vertiefen werde.

b) Militärische Fragen

Abg. **Voigt** (Bundesrepublik Deutschland), Generalberichterstatter des Militärausschusses, legte die Entschließung dieses Ausschusses über den Abschluß und die Implementierung eines START-Vertrages vor. Seit sechs Verhandlungsjahren arbeiteten die USA und die Sowjetunion an einem Vertrag zur Verringerung der strategischen Waffen und hätten große Fortschritte erzielt. Mit seiner Entschließung beabsichtige der Ausschuß seiner Unterstützung dieser Fortschritte Ausdruck zu verleihen und auf ihre kontinuierliche Fortsetzung unter der nächsten US-Regierung zu dringen. Indem der Vertrag die 50prozentige Verminderung der sowjetischen ballistischen Gefechtsköpfe, der schweren Flugkörper und der gesamten Nutzlast der Raketen fordere, stelle er einen Erfolg der westlichen Auffassung in diesen Verhandlungen dar. Wer den SALT-II-Vertrag abgelehnt habe, weil dieser die sowjetische strategische Stärke nicht verringere, könne ein gleiches nicht über den START-Vertrag sagen. Wenn der START-Vertrag fertiggestellt sei,

werde er mehr noch als der INF-Vertrag einen historischen Schritt darstellen. Der START-Vertrag begegne jedoch einem neuen Widerstand, weil etliche Experten und Politiker in den Vereinigten Staaten neuerdings argumentierten, die Verminderung der strategischen Nuklearstreitkräfte der USA könne in Verbindung mit der Abschaffung der Mittelstreckenraketen die konventionelle Stabilität in Europa gefährden. Seiner Ansicht nach bestehe keine logische Verbindung zwischen der strategischen Rüstungskontrolle und dem Streben, bei der konventionellen Rüstungskontrolle Fortschritte zu erzielen. Die Entschließung des Militärausschusses weise den Gedanken eines solchen Junktims ausdrücklich zurück, weil dies den Interessen des Westens schaden könnte. Falls der Westen den START-Vertrag durch ein neues Junktim gefährden würde, hätte dies schwerwiegende Folgen: Erstens würde ein solcher Richtungswechsel als die Unfähigkeit erscheinen, eine schlüssige Strategie für die Rüstungskontrolle durchzuhalten. Politische Kontinuität bei einem Wechsel der amerikanischen Präsidentschaft sei wesentlich für den Erfolg des Bündnisses. Zweitens würde man sich dadurch der Gelegenheit berauben, eine wesentliche Reduzierung der sowjetischen strategischen Waffen zu erreichen, die zur strategischen Stabilität beitragen würde. Drittens hätten die Generalstabschefs der Bündnisstaaten und Verteidigungsminister Carlucci ein derartiges Junktim in den Vereinigten Staaten zurückgewiesen.

c) Politische Angelegenheiten

Aus dem Politischen Ausschuß legte dessen Generalberichterstatter **Bouvard** (Frankreich) der Versammlung Entschließungsentwürfe zu den Themen „Terrorismus“ und „Vertrauensbildende Maßnahmen“ vor. Er kennzeichnete die Entschließung über den Terrorismus als das abschließende Dokument der mehrjährigen Arbeit des für dieses Thema gebildeten Unterausschusses. Es bilde die Synthese der schon früher von dieser Arbeitsgruppe vorgelegten und von der Versammlung verabschiedeten Entschließungen zu diesem Thema. Hervorzuheben sei die klare Definition des Terrorismus als der Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung durch eine Vereinigung von Personen zur Durchsetzung politischer Ziele, ohne daß ein Kriegszustand bestehe. Ebenso wesentlich sei die Aussage, daß alle Formen des Terrorismus als kriminelle Handlungen, ungeachtet der ihnen zugrundeliegenden Motive, bestraft werden müßten. — Abg. **Frau Beer** (Bundesrepublik Deutschland) kündigte als Mitglied des Unterausschusses „Terrorismus“ ihre Ablehnung des Entschließungsantrags an. Sie habe im Ausschuß einen Gegenantrag eingebracht, der abgelehnt worden sei. Ihre Kritik an dem vorliegenden Entwurf richte sich gegen die einseitige Definition des Begriffs „Terrorismus“. Die Definition in Ziffer 3 der Entschließung müsse nach ihrer Meinung auch auf die Erscheinungsform des Staatsterrorismus eingehen. Auch würden die Ursachen des Terrorismus, die politischer Natur seien, in keiner Weise angesprochen. Eine wirksame Bekämpfung des Terrorismus sei aber nur möglich, wenn auch die zugrundeliegenden politischen Schwierigkeiten erkannt und behandelt und

nicht nur kriminaltechnische Maßnahmen getroffen würden. — Abg. **Smith** (USA) dankte dem Berichterstatter für die klaren Aussagen der Entschließung. Er bedauerte, daß die Abg. Frau Beer einen Gegenentwurf mit sehr umstrittenen Formulierungen vorgelegt habe, in der Ausschusssitzung bei der Behandlung der zahlreichen Änderungsanträge jedoch nicht erschienen sei, um ihre eigenen Änderungspunkte zu begründen. Er habe den Eindruck, daß einige Mitglieder der Versammlung den Terrorismus aus Blickwinkeln betrachteten, die ihn letzten Endes rechtfertigten. Die Tötung unschuldiger Zivilisten sei in der zivilisierten Welt jedoch unter keinen Umständen zu rechtfertigen. Diese Ansicht werde von der Versammlung mit ganz überwältigender Mehrheit vertreten. — Abg. **Nunes** (Portugal) erklärte, er selbst sei früher zusammen mit seinem Vorredner Berichterstatter zum Thema „Terrorismus“ gewesen. Er habe stets deutlich zu machen versucht, und es sei auch der Sinn des vorliegenden Entschließungsentwurfes, darzustellen, daß Terrorismus bekämpft werden müsse, ohne daß der Staat selbst zu einem terroristischen Staat werde. In verschiedenen Ländern des Bündnisses, die sich in besonderem Maße mit Terrorismus konfrontiert sahen, sei nach diesem Grundsatz mit Erfolg gehandelt worden. Er danke dem Berichterstatter Bouvard und dem Ausschuß für den ausgezeichneten Entschließungstext. — Abg. **Bouvard** antwortete als Berichterstatter auf die Aussprache. Er stimmte der Antwort seines amerikanischen Kollegen Smith auf die Ausführungen der Abg. Frau Beer voll zu und schloß mit einem Dank an die beiden Berichterstatter des Unterausschusses, die bereits vor ihm selbst die wesentliche Arbeit geleistet hätten.

Sodann wandte sich Generalberichterstatter **Bouvard** der Entschließung über vertrauensbildende Maßnahmen zu. Dieser Text unterstreiche die Notwendigkeit, Vereinbarungen über vertrauensbildende Maßnahmen auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle auf drei Ebenen herbeizuführen: Erstens zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, zweitens zwischen den Regierungen des nordatlantischen Bündnisses und den Staaten des Warschauer Pakts und drittens zwischen den 35 KSZE-Staaten. Für alle drei Bereiche biete die Entschließung detaillierte Vorschläge.

Abg. **Smith** (USA) verwies zur Erläuterung des Entschließungsentwurfs ausdrücklich auf den wertvollen Bericht des Vorsitzenden des Politischen Ausschusses und Sonderberichterstatters für das Thema der vertrauensbildenden Maßnahmen, Abg. Bruce George (Vereinigtes Königreich), der in der gegenwärtigen Situation einen Leitfaden für diese Thematik darstelle.

d) Wissenschaft und Technik

Abg. **Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland), Generalberichterstatter des Ausschusses für Wissenschaft und Technik, stellte die Entschließung zum Thema „Die Ost-West-Zusammenarbeit im Bereich von Wissenschaft, Technik und Umwelt“ vor. Der Text unterstütze die gegenwärtige Ausweitung der Ost-West-Zusammenarbeit auf technischem Gebiet und fordere

die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsländer auf, diese Zusammenarbeit weiterhin zu fördern. Das könne beispielsweise geschehen durch verstärkte Ausbildung in Fremdsprachen sowie durch Reisestipendien im Dienste vermehrter Ost-West-Kontakte. Auch sollten industrielle Kontakte in Form gemeinsamer Unternehmen sowie eine bessere Nutzung der Technologie des Ostblocks durch westliche Länder ermutigt werden. Freilich brächte die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit mit dem Osten auch Sicherheitsbelange ins Spiel und erfordere auf einigen Gebieten eine Begrenzung der Zusammenarbeit, um den Export sicherheitsrelevanter Technologie zu verhindern.

Derartige Gefahren bestünden jedoch nicht auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Im Gegenteil wäre es gefährlich, wenn Ost und West bei dem Problem des Treibhauseffektes nicht zusammenarbeiteten. Der Ausschuß sei über den Treibhauseffekt äußerst besorgt und hielte Gegenmaßnahmen für dringend notwendig; während einerseits wachsende Mengen von Kohlendioxyd und anderen Verunreinigungen in die Atmosphäre entlassen würden, zerstöre man gleichzeitig Wälder, um Holz und landwirtschaftliche Flächen zu gewinnen. Der Planet werde verschmutzt und zugleich seine Selbstreinigungskraft zerstört. Die Folgen seien alarmierend: Die schützende Ozonschicht werde beeinträchtigt, Wälder, Flüsse und Seen verunreinigt und weltweit steige die Temperatur an. Daher müßten die Länder ihre Emissionen in die Atmosphäre kontrollieren, indem sie Energie sparten und den Wirkungsgrad des Energieverbrauchs verbesserten. Die Entschließung fordere auch Maßnahmen gegen die Zerstörung der Regenwälder und für eine Wiederaufforstung. Ost und West müßten gemeinsam diese Probleme in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Ländern angehen. Der Ausschuß hoffe, daß sich das Ost-West-Verhältnis durch stärkere Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft, der Technik und des Umweltschutzes stabiler und zu beiderseitigem Nutzen gestalten werde. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Umweltschutzes könne dazu beitragen, die Welt sicherer zu machen und verheerende Umweltkatastrophen zu verhüten.

Abg. **Chauty** (Frankreich) führte den zweiten Entschließungsantrag des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie über die „nukleare Nichtweiterverbreitung“ ein. Der Entschließungstext sei aus Arbeiten des Ausschusses über Probleme der nuklearen Sicherheit hervorgegangen und habe eine doppelte Zielsetzung: einerseits fordere er dringend die Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen in der Atomtechnik, insbesondere in der Anreicherungstechnologie sowie die Ermöglichung wirksamer Kontrollmaßnahmen durch die Internationale Atomenergieagentur, andererseits gehe es um die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen bzw. der Technologien, die ihre Herstellung ermöglichen. Die Probleme beträfen alle Staaten, ob sie nun Nukleartechnologie und Atomwaffen besäßen oder nicht, wie allein schon die grenzüberschreitenden Wirkungen eines einzigen Unglücks zeigten. Es läge daher im Interesse aller Länder, dem Nichtweiterverbreitungsvertrag beizutreten und durch Erhöhung ihrer Beiträge die Möglichkeiten

der Internationalen Atomenergiebehörde zur Durchführung ihrer Kontrollmaßnahmen zu verbessern.

e) Zivile Angelegenheiten

Abg. **Genton** (Frankreich), Generalberichterstatte des Ausschusses für zivile Angelegenheiten, legte zwei Entschließungsanträge des Ausschusses zur Abstimmung vor. Mit der Entschließung über „das Atlantische Bündnis und den ‚Gorbatschow-Effekt‘ in der öffentlichen Meinung im Westen“ wolle der Ausschuss aufmerksam machen auf eine Diskrepanz zwischen nicht unbedeutenden Vorstellungen in der öffentlichen Meinung und bestimmten Verteidigungserfordernissen des Bündnisses. Es sei Gorbatschow gelungen, zunehmend größere Teile der Öffentlichkeit im Westen davon zu überzeugen, daß die derzeitige Politik der Sowjetunion den Frieden fördert und dieser nur durch Abrüstung und Denuklearisierung erreicht werden könne. Daher rührten in bestimmten Ländern des Bündnisses in einer breiten Öffentlichkeit Zweifel im Hinblick auf die Notwendigkeit der Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenwaffen der NATO und ganz allgemein gegenüber der nuklearen Abschreckung als solcher. Demgegenüber sollten die Regierungen aufgefordert werden, eindeutig zu bestätigen, daß die Verteidigung des Atlantischen Bündnisses auf der nuklearen Abschreckung, auf einer starken konventionellen Verteidigung sowie auf Bemühungen um beiderseitig verifizierbare Rüstungskontrollvereinbarungen basiere. Wie es schon in dem Sonderbericht der Versammlung „Die NATO in den 90er Jahren“ gefordert werde, solle eine kleine Arbeitsgruppe führender Politiker eingesetzt werden, die die Aufgabe hätte, u. a. auch die Rolle der nuklearen Waffen in der Bündnisstrategie eindeutig zu definieren.

Abg. **van Traa** (Niederlande), äußerte Zweifel, daß die Entschließung sich in ausreichend differenzierter Weise mit den Vorstellungen größerer Teile der Öffentlichkeit auseinandersetze. Die Einsetzung einer neuen hochrangigen Arbeitsgruppe, die erneut eine Darstellung der Rolle der Kernwaffen in Europa liefern solle, sei beispielsweise in diesem Zusammenhang keine ganz befriedigende Maßnahme in einem demokratischen System, dessen Stärke in der Öffentlichkeit der Debatte liege.

Abg. **Frau Collins** (USA), bekräftigte die Aussage der Entschließung, daß die Verteidigung des Bündnisses auf den drei Elementen der nuklearen Abschreckung, der starken konventionellen Verteidigung sowie dem Streben nach verifizierbaren Rüstungskontrollvereinbarungen beruhe.

Abg. **Browne** (Vereinigtes Königreich), verteidigte gegenüber dem niederländischen Abg. van Traa die Forderung der Entschließung, eine kleine Arbeitsgruppe führender Politiker zur Definition der Grundzüge westlicher Sicherheitspolitik einzusetzen, weil erwiesenermaßen ein Zusammenhang bestehe zwischen der Haltung und Aussage führender Persönlichkeiten des Bündnisses und den Vorstellungen der Öffentlichkeit an der Basis. Die Entschließung tue also gut daran, dieser Erkenntnis Rechnung zu tragen.

Berichterstatte Abg. **Genton** (Frankreich), antwortete auf die Kritik des niederländischen Abg. van Traa, seine Forderungen gingen über den Rahmen der Zielsetzungen des Ausschußberichtes hinaus, der sich mit einer Untersuchung des Gorbatschow-Effektes auf das Bündnis befasse. Die Empfehlung der Einsetzung einer Arbeitsgruppe führender Politiker habe hingegen die Erstellung eines Berichtes über die genannten und in der Öffentlichkeit so stark beachteten Probleme zum Ziele, der den leitenden NATO-Stellen vorgelegt werden solle.

Einen weiteren Entschließungstext seines Ausschusses legte Abg. **Genton** (Frankreich), zum Thema „Das Atlantische Bündnis und der Zivilschutz“ vor. Er unterstrich, daß militärische Mittel zur Bewältigung ziviler Unglücksfälle und Katastrophen eingesetzt werden könnten. Leider seien die von den einzelnen Bündnisländern vorgesehenen Zivilschutzmaßnahmen sehr uneinheitlich und untereinander nicht koordiniert. Hier könne die NATO Hilfestellung leisten, beispielsweise durch die Einrichtung einer Datenbank zur Information über die Mittel, die ein Partnerland im Bedarfsfall zur Verfügung stellen könne. Selbstverständlich schließe dies Eingriffe der NATO in die Souveränität von Mitgliedsländern aus.

Ansprache des ehemaligen Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt

Ich danke Ihrer Versammlung für die freundliche Einladung, am Ende dieser Woche gewissermaßen für den Kehraus zu sorgen. Ich habe mich gefragt, ob Sie vorhatten, den Überlegungen eines ehemaligen Verteidigungsministers, eines ehemaligen Finanzministers, eines derzeitigen Verlegers oder lediglich denen eines älteren Mannes zuzuhören, der die politische Bühne seit einer Reihe von Jahren ganz verlassen hat und deshalb in der Lage und auch bereit sein mag, sich von den Einzelfragen Ihrer Tagesroutine zu lösen und statt dessen Betrachtungen über die Zukunft anzustellen.

Ich bin gebeten worden, über die Herausforderungen durch Generalsekretär Gorbatschow zu sprechen, und dies werde ich auch tun, doch stehen wir ebenfalls sehr ernststen Herausforderungen aus ganz anderer Richtung gegenüber — denen wir, die Gruppe der Nationen und Staaten der Allianz, uns ebenfalls zu stellen haben. Und einige dieser Herausforderungen betrachte ich als Fragen von gesamtstrategischer Bedeutung. Wenn ich den Begriff der Gesamtstrategie verwende, muß ich dazu erläuternd bemerken, daß ich mit diesem Ausdruck eine Anleihe bei Basil Liddell Hart mache, der ihn vor über dreißig Jahren prägte. Zur Gesamtstrategie in diesem Sinne gehören die internationale Wirtschafts- und Finanzpolitik ebenso wie die internationale auswärtige Politik und natürlich die Sicherheitsstrategie. Und da wir um Tschernobyl und auch um den uns bevorstehenden Treibhauseffekt in der Atmosphäre wissen, möchte ich noch hinzusetzen, daß hierzu sicherlich auch die erforderliche internationale Zusammenarbeit zur Er-

haltung unseres natürlichen Lebensraums gehören sollte.

Ich möchte Ihnen nur zwei Beispiele dafür geben, was ich mit diesem Begriff der Gesamtstrategie meine. Zuerst einmal hätte der Nordatlantikpakt ohne den Marshall-Plan kaum für die Lage gegen Ende der 40er und zu Beginn der 50er Jahre genügt. Es handelte sich hierbei um zwei verschiedene Elemente, die zusammen eine Gesamtstrategie der Amerikaner zum Nutzen fast der ganzen übrigen Welt bildeten. Zum zweiten war zwanzig Jahre später die Harmel-Doktrin, die unsere Allianz 1967 übernahm, ebenfalls ein Gesamtstrategisches Konzept. Zu ihr gehörte eine bestimmte Vorstellung von militärischer Sicherheit sowie davon, wie man mit der Sowjetunion umgehen sollte. Richard Nixons große Erfolge (lassen Sie mich den ABM-Vertrag oder SALT I erwähnen) sowie Willy Brandts Ostpolitik wurden damals von den übrigen Mitgliedern in unserem Bündnis angenommen, weil sie in die Gesamtstrategie à la Harmel hineinpaßten, die zwei Jahre vor Präsident Nixons Einzug ins Weiße Haus gemeinsam verabschiedet worden war.

Seit Pierre Harmels Bericht vor 22 Jahren hat sich die Welt jedoch gewaltig geändert — nicht nur in den Ost-West-Beziehungen —, und wir brauchen eine Neubewertung unserer Situation. Nur wenn wir die viel komplexere heutige Situation verstehen, könnten wir uns als fähig erweisen, die erforderliche Gesamtstrategie zu erarbeiten.

I.

Lassen Sie mich zuerst über die Wirtschaftslage in der Welt von heute sprechen. Als ich vor zwei Jahrzehnten zum ersten Mal als Minister am Kabinetttisch saß, war ein Dollar ein Dollar — was ganz offensichtlich heute nicht mehr so ist. Ein Dollar entsprach damals 4 DM. Inzwischen ist er auf 1,72 DM gefallen, wieder bis auf 3,40 DM gestiegen und dann erneut noch unter 1,60 DM gefallen. Im Augenblick steht er bei 1,73 DM. Wenn Sie den Dollar statt mit der Deutschen Mark mit dem Schweizer Franken oder dem japanischen Yen vergleichen, stellen sich einige Kursausschläge als noch unstetiger dar —, als ich sie gerade beschrieben habe.

Das System fester Wechselkurse von Bretton Woods (d. h. flexibler, aber fixer Währungsparitäten) wurde Anfang der 70er Jahre aufgegeben. Ich war einer der Schuldigen für diesen Sündenfall. Kurz danach wurde die Welt durch zwei Ölpreisexpositionen von weniger als 1 Dollar 50 Cents je Barrel Rohöl ganz zu Anfang der 70er Jahre bis zu maximalen Spot-Preisen von mehr als 30 Dollar je Barrel auf den Spot-Märkten 1981 erschüttert — ein Anstieg um 2 000 %.

Dieses Erdbeben löste zuerst die sogenannte Schuldenkrise der nicht Öl erzeugenden Entwicklungsländer aus — in Lateinamerika, Afrika usw. Zum zweiten führte es auch zur Massenarbeitslosigkeit in Europa, die seitdem nicht wieder verschwunden ist. Heute ist sie sogar noch höher als 1982. Auch das internationale Netz oder Raster der Währungsparitäten sowie die

Zahlungsbilanzen vieler sehr bedeutsamer Volkswirtschaften wurden hierdurch in Unordnung gebracht.

Nun ist der Ölpreis wieder gefallen. Im Augenblick steht er bei rund 13 Dollar je Barrel Rohöl. Dies hat zu einer Lage geführt, in der sogar Saudi-Arabien zu einem Defizitland geworden ist. Es ist kein Überschußland mehr und nimmt keine Einlagen mehr im Geschäftsbankensystem des Westens vor, und da diese Einlagen nicht mehr hereinkommen, werden auch keine neuen Kredite für Entwicklungsländer freigegeben.

Darüber hinaus haben die Vereinigten Staaten, die von Rohöleinfuhren aus dem Ausland so gut wie unabhängig sind, während der letzten fünf Jahre in ihrer Zahlungsbilanz — genaugenommen in der Leistungsbilanz — gewaltige Defizite entstehen lassen, während Japan zur weitaus größten Quelle der Kapitalbildung auf unserem Planeten und von Kapital- oder Kreditexporten geworden ist und gleichzeitig den allergrößten finanziellen Motor darstellt, der weitaus mehr Sparkapital aufbringt und eine höhere Kapitalbildung erreicht als die Vereinigten Staaten von Amerika. Die japanischen Kapital- und Kreditexporte während der letzten vier Jahre beliefen sich auf rund 80 Milliarden Dollar jährlich oder noch mehr. Im übrigen betragen Deutschlands Leistungsbilanzüberschüsse der letzten vier Jahre jährlich rund 40 Milliarden Dollar oder noch mehr. Auch in den Niederlanden, in der Schweiz und in einigen anderen Ländern bestehen Überschüsse.

Andererseits wiesen die Vereinigten Staaten während der letzten vier Jahre Leistungsbilanzdefizite von wenigstens 100 Milliarden Dollar und noch mehr auf — zur Zeit liegen die Zahlen bei rund 130–140 Milliarden Dollar pro Jahr. Diese Lage bedeutet, daß für die Entwicklungsländer fast nichts mehr übrigbleibt. Statt dessen bringen die Entwicklungsländer durch ihren Schuldendienst — soweit sie auf ihre Schulden Kapital und Zinsen zahlen — jährlich rund 30–40 Milliarden Dollar auf, die nach Norden und nicht nach Süden fließen. Für die Entwicklungsländer ist dies ein Katastrophenszenario, das vor allem deshalb so katastrophal ist, weil die Bevölkerungszahlen in der Dritten Welt explosionsartig ansteigen.

Lassen Sie mich nur einige wenige Zahlen nennen: zu Beginn dieses Jahrhunderts, vor 88 Jahren, betrug die Weltbevölkerung 1,6 Milliarden Menschen. Vor 4 Jahren lag sie bei 5 Milliarden. Gegen Ende dieses Jahrhunderts, in 11 Jahren, wird es auf der Erde mehr als 6 Milliarden Menschen geben, was fast eine Vervielfachung der Bevölkerung des Erdballs innerhalb eines einzigen Jahrhunderts ausmacht. Von diesen 6 Milliarden Menschen werden im Jahre 1999 rund 5 Milliarden in Entwicklungsländern und ein großer Teil von ihnen in den am wenigsten entwickelten Ländern leben. Dazu gehören natürlich auch die 1,3 Milliarden Menschen, die dann allein in China leben werden. Um es noch einmal zu wiederholen: weniger als eine Milliarde Menschen werden in demokratischen Industrieländern leben. Dies bedeutet, daß weniger als ein Sechstel der Weltbevölkerung in Gesellschaften leben wird, die Entwicklungshilfe aufbringen können und in der Lage sind, den Entwick-

lungsländern Handels- und Investitionskredite zu geben.

Solange die bisher unbekannten Kapitalimporte der Vereinigten Staaten weitergehen, solange die reichste Volkswirtschaft der Welt so gewaltige Mengen an Auslandskapital verschlingt, kann es keine dauerhafte Lösung für die sogenannte Schuldenkrise der lateinamerikanischen und der übrigen Entwicklungsländer geben. Dies möchte ich als Frage von gesamtstrategischer Bedeutung bezeichnen. Ich bin überzeugt, daß Amerika sein Handels- und Leistungsbilanzdefizit vermindern muß, und natürlich wird es dies nur durch Abbau des Haushaltsdefizits erreichen können; beide Defizite greifen ineinander.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, wie ich sofort hinzusetzen möchte, daß dies unseren amerikanischen Freunden auch gelingen wird. Während meines gesamten Lebens habe ich immer wieder ihre gewaltige Energie, ihre Schaffenskraft, die Vitalität ihrer Unternehmer und auch den Optimismus erleben können, den wir älteren Europäer bisweilen als ein wenig naiv zu betrachten scheinen, der aber den Amerikanern ganz offensichtlich weiterhilft. Dementsprechend bin ich überzeugt, daß Amerika seine mißliche Wirtschaftslage im Laufe der 90er Jahre dieses Jahrhunderts wieder in Ordnung bringen wird, doch sind wir an diesem Punkt des Dilemmas noch nicht angelangt. Ich glaube, Amerika wird hierzu in der Lage sein, obwohl es dem designierten Präsidenten seine Wahlkampfrethorik von den Lippen abgelesen hat. Dies war — in Klammern — eine ausschließlich für die anwesenden Amerikaner bestimmte Bemerkung.

Andererseits sind auch Japan, Deutschland und andere ähnliche Vorwürfe zu machen. Solange die Amerikaner über ihre Verhältnisse leben, solange die Japaner und die Deutschen und andere weiterhin unter ihren Verhältnissen leben und ihre Überschüsse exportieren, wird es kein Gleichgewicht und keine Stabilität geben — weder in der überaus anfälligen Handelsstruktur der Welt noch auf den ausgesprochen empfindlichen internationalen Finanz- und Devisenmärkten. Solange dies so weitergeht, werden die Gipfeltreffen von 2 000 Journalisten und 7 Staats- oder Regierungschefs das Dilemma nicht durch wohlgesitete Fernsehauftritte und Presseinterviews zum Verschwinden bringen.

Lassen Sie mich auf einige weitere sehr wichtige Veränderungen der Weltlage während der letzten zwei Jahrzehnte eingehen. Bis in die 70er Jahre hinein hatten wir alle in all unseren NATO-Mitgliedstaaten nationale Finanzmärkte. Sie hatten einen nationalen Aktienmarkt und eine Börsenaufsichtsbehörde, die den Aktienmarkt überwachte. Sie hatten einen nationalen Geldmarkt und eine nationale Zentralbank im Federal Reserve System oder die Banque de France oder die Bank of England, die ihre Geldmärkte regulierte und überwachte. Alle Märkte waren nationale Märkte und wurden von Aufsichtsbehörden für das Kreditwesen, von Zentralbanken usw. überwacht.

Heute, gegen Ende der 80er Jahre, sind wir in einer Situation angelangt, wo fast alle diese Märkte globalisiert sind. Wenn auf dem Aktienmarkt in New York City etwas geschieht, breitet sich dies in weniger als

einer Minute nach Hongkong und London und Frankfurt und Paris und Tokio aus und führt dort zu Reaktionen, die nach New York zurückwirken und so weiter. Das gleiche gilt auch für die Renten- und Devisenmärkte.

Alles fing mit der Schaffung der sogenannten Eurowährungen an — die mit Europa überhaupt nichts zu tun hatten. Dies bedeutete nur, daß eine Geschäftsbank im Land A einem Schuldner im Land B einen Kredit gewährte — und sie tut dies auch heute noch gerne —, wobei der Kredit auf die Währung des Landes C lautete. Das bezeichnet man als Euro-Geldmarkt. So etwas geschieht nicht nur in Europa. Es geschieht auch auf den Bermudas und natürlich auch in New York City. Gleichzeitig wurden inzwischen die Devisentermingeschäfte erfunden. Das spielt sich nicht auf den Bermudas ab, sondern in Chicago, denn Devisentermingeschäfte werden weltweit hauptsächlich in Chicago getätigt. Außerdem wurden die Devisenoptionen erfunden — Währungsoptionen also, die für die übrige Welt hauptsächlich in Philadelphia gehandelt werden. Dazu brauchen Sie heute einen kleinen Geldbetrag, um sich eine Option meinetwegen für den 1. März nächsten Jahres zu sichern, mit der Sie einen bestimmten Dollarbetrag zu einem bestimmten Wechselkurs kaufen wollen. Ist der Dollar inzwischen gesunken, nehmen Sie Ihre Option nicht in Anspruch, ist der Dollarkurs jedoch in der Zwischenzeit gestiegen, verwenden Sie die Option, um billig Dollars zu kaufen und der andere hat dann verloren. Jeden Tag werden auf diese Weise Hunderte von Millionen Dollar gehandelt.

Die Banken sind mittlerweile weitgehend zu Spekulanten geworden. Sie haben riskante Kredite weit über ihr Eigenkapital und ihre eigenen Reserven hinaus finanziert und tun dies heute noch. Dazu haben sie angeschlossene Banken gegründet — gewissermaßen *off-shore*, wie ich schon erwähnt habe, auf den Bermudas zum Beispiel oder in Hongkong, Luxemburg oder Liechtenstein. Dies haben sie getan, um Steuern zu vermeiden, Mindestreservenvorschriften zu umgehen und natürlich auch, um ihren Kunden eine Steuerumgehung in deren Heimatland zu erleichtern.

Die nationalen Aufsichtsbehörden sind angesichts dieser weltweiten Operationen hilflos, und auch die Märkte stehen heute diesem ganzen Spekulationsrausch, der immer weiter anwächst, hilflos gegenüber. Ebenso hilflos reagieren sie auf das Fieber der *leveraged buyouts* und Unternehmensübernahmen. Während der letzten zwei oder drei Jahre — und nächstes Jahr und im Jahr danach wird es so weitergehen — konnten wir auf unseren Finanzmärkten das Aufkommen einer weltweiten Monte Carlo- oder Las Vegas-Mentalität erleben, und Raubtiere werden größer und fressen sich dann gegenseitig auf. Für diese Märkte gelten keine internationalen Vorschriften, und wenn andererseits auf einer dieser Inseln oder an einem dieser kleinen Orte etwas geschehen sollte, gäbe es dort kein Refinanzierungsinstitut der letzten Instanz, falls eine Bank vor dem Zusammenbruch stünde, und andere Banken würden dann folgen. Das ist eine überaus gefährliche Sache.

Für mich scheint es von strategischer Bedeutung zu sein, daß wir die Gefahren sehen, die auf diesem Ge-

biet vor uns auftragen und verstehen, daß wir gemeinsam etwas dagegen tun müssen. Bitte laßt uns alle zusammenarbeiten, um die wirkliche Zielsetzung des internationalen Kreditwesens wiederherzustellen, nämlich die leichtere Schaffung von Produktionskapazitäten, die Erleichterung der Produktion und die Förderung des Warenhandels. Es ist eine Bedrohung, daß das internationale Handelsvolumen für Rohstoffe und Fertigwaren heute — und jeden Monat wie jedes Jahr — nur 4 oder 5 % des Gesamtumsatzes auf den internationalen Finanzmärkten an demselben Tag oder innerhalb desselben Monats oder derselben Woche ausmacht. Um es noch einmal zu sagen: das Volumen des internationalen Handels mit Geld, Krediten, Renten, Optionen und Terminkontrakten ist zwanzigmal so groß wie das zugrundeliegende Volumen des Welthandels.

Das ist eine völlig neuartige Erscheinung — niemand hätte sich zu Lord Keynes' Zeiten oder zur Zeit von Bretton Woods oder auch noch in den 60er Jahren eine solche Situation träumen lassen. Hier bedarf es ganz eindeutig einer einfallsreichen Zusammenarbeit.

II.

Lassen Sie mich nun zu einem Abschnitt über die aus meiner Sicht strategische Rolle kommen, die die Europäische Gemeinschaft und der einheitliche Binnenmarkt heute spielen und 1992 und danach spielen werden. Ich weiß, daß diese Frage für viele Amerikaner und auch für einige andere außerhalb Europas Anlaß zu großer Sorge ist. Ich kann Sie beruhigen: 1992 wird nicht sehr viel geschehen. Lassen Sie mich daran erinnern, daß die Römischen Verträge, die Grundlage der Gemeinschaft, 1957, vor 31 Jahren, geschlossen wurden, und daß wir jedes Jahr kleine Fortschritte gemacht haben. Bisweilen haben wir Rückschläge erlitten und im Jahr darauf neue Fortschritte errungen. Sehr langsam haben wir, die Westeuropäer, diesen gemeinsamen Binnenmarkt entwickelt. Dieser Fortschritt wird sich auch von jetzt bis 1992 fortsetzen. Er wird 1992 und 1993 und 1994 und im Jahre 2000 und im Jahre 2010 stattfinden. Es handelt sich hier um eine Evolution in kleinen Schritten und nicht um eine Revolution, die auf ein Fingerschnippen hin in drei Jahren stattfinden wird.

Der große Sprung im Jahre 1992 ist eine gewaltige Übertreibung westeuropäischer Politiker, vor allem, da sie nicht den Schneid haben, den ECU so aufzuwerten, daß er zu einer gemeinsamen europäischen Währung wird. Die Übertreibungen haben bisher nur eine sehr positive Wirkung gehabt, nämlich den Umstand, daß die europäischen Unternehmen nun damit beginnen, sich neu zu orientieren, um zu wahrhaft europäischen Unternehmen zu werden, wie Shell oder Philips und viele andere, die dies nun schon seit langem tun. Die Sorge der Amerikaner, der Kanadier, der Japaner und anderer geht natürlich dahin, daß dies zu einer Zunahme protektionistischer Praktiken in der Europäischen Gemeinschaft führen könnte. Sollte diese Besorgnis Wirklichkeit werden, so wäre dies eine Frage von strategischer Bedeutung, da unser Atlantisches Bündnis hierdurch ganz gewaltig belastet werden könnte. Die psychologischen Folgewir-

kungen würden sich bis in die Bereiche der Politik und der Strategie hinein erstrecken.

Ich bin jedoch überzeugt, daß der Protektionismus 1992 und danach nicht stärker sein wird als bisher, nicht größer sein wird als in den Vereinigten Staaten von Amerika, und natürlich machen wir Europäer uns auch wegen des Protektionismus in den Vereinigten Staaten Sorgen. Dies mag die Zeit sein, wo man es Präsident Reagan als großes Verdienst anrechnen sollte, dem starken Drängen im Inland auf mehr Protektionismus und Subventionen im eigenen Lande widerstanden zu haben. Ich bin ganz sicher, daß in der Europäischen Gemeinschaft das Vereinigte Königreich, die Niederlande, Deutschland und andere dem protektionistischen Druck innerhalb Europas ebenfalls widerstehen werden. Natürlich muß ich die eine große Ausnahme, die Landwirtschaft, auch erwähnen. Ich nehme an, daß dieser Unsinn des Agrarprotektionismus, ob nun in Japan, Europa oder in den Vereinigten Staaten, weitergehen wird. Ich habe nicht viel Hoffnung auf eine Schnellkur für diese weltweite Krankheit.

Dann ist da noch eine andere Sorge. Wenn man die Vereinigten Staaten besucht, wird man immer wieder gefragt: „Wird die Europäische Gemeinschaft nicht der Versuchung erliegen, der Sowjetunion hohe Kredite zu gewähren?“ Wenn wir dies täten, wäre dies zweifellos eine Frage von strategischer Bedeutung. Dazu wird es aber nicht kommen. Die Sowjets können keinen hohen Schuldendienst leisten und keine großen Mengen exportieren, um für hohe Einfuhren zu zahlen. Lassen Sie mich nur darauf hinweisen, daß noch heute mehr als die Hälfte der sowjetischen Exporte auf Erdöl und Erdgas entfällt. Die Ölpreise sind nicht nur in Calgary, Houston und Saudi-Arabien gesunken — sie sind auch auf dem Weltmarkt gefallen, was bedeutet, daß auch die Einnahmen der Sowjetunion zurückgegangen sind. Ich glaube, daß es noch viele Jahre dauern wird, bevor man von dort sehr viel anderes als Öl und Erdgas exportieren können.

In der Vorstellung von Nichteuropäern, bisweilen sogar von Europäern — zum Beispiel in Frankreich — wird der Umfang des Handels mit der Sowjetunion gewaltig übertrieben. Nehmen Sie zum Beispiel das Handelsvolumen meines eigenen Landes, der Bundesrepublik Deutschland. Erlauben Sie mir nur den Hinweis, daß die deutschen Ausfuhren in die Sowjetunion mit ihren 290 Millionen Einwohnern während der letzten beiden Jahre weniger als die Hälfte unserer Ausfuhren nach Österreich mit seinen sechseinhalb Millionen Einwohner betrug, was jeder von Ihnen in jedem statistischen Jahrbuch nachschlagen kann.

Unter dem Blickwinkel der deutschen Gesamtwirtschaft spielt unser Handel mit der Sowjetunion nur eine geringe Rolle und wird auch in absehbarer Zukunft nur eine geringe Rolle spielen — genauso wie Armand Hammers Handelsgeschäfte mit der Sowjetunion im Laufe der Jahrzehnte keine große Rolle für die amerikanische Volkswirtschaft gespielt haben. Wir haben politische Gründe für den Handel mit der Sowjetunion — das geht in Ordnung. Es gibt jedoch keine politischen Gründe dafür, die Rolle des Roten Kreuzes oder einer anderen Wohlfahrtsorganisation

zu übernehmen und ganz einfach Kredite zu Vorzugszinsen oder Billigzinssätzen zu verschleudern. Die Russen würden sie vielleicht nicht einmal annehmen, denn sie hüten sich sehr davor, sich zu überschulden. Bisher waren sie sehr zuverlässige Schuldner und haben ihren Schuldendienst korrekt abgewickelt, so daß sie diesen Status nicht verlieren wollen.

Um diesen Abschnitt zusammenzufassen, kann ich sagen, daß die Europäische Gemeinschaft für das weltweite Gefüge keine Bedrohung darstellt, sondern einen Stabilisierungsfaktor bildet.

III.

Lassen Sie mich nun zu den Herausforderungen kommen, denen sich die Sowjetunion und Gorbatschow selbst gegenübersehen. Was die Sowjets und die Chinesen bisher als Marxismus bezeichneten, ist nun sowohl in Moskau als auch in Peking als Fehlschlag entlarvt worden, soweit dabei an eine Theorie für wirtschaftliches Verhalten in einer Zentralverwaltungswirtschaft gedacht war. Diese Überzeugungen sind verschwunden. Man versucht dort gerade herauszufinden, was man an die Stelle setzen kann. Mir tun im übrigen die westeuropäischen kommunistischen Parteien leid — an welche Zukunft sollen sie denn jetzt glauben?

Gorbatschow wie Deng Xiaoping (der dies fünf Jahre eher als Gorbatschow erkannte) haben erfaßt, daß sie wirtschaftlich weit hinterherhinken. Sie haben sogar verstanden, warum das so ist — deshalb Perestroika.

Ohne auf die Gründe einzugehen, denn das würde zu lange dauern, möchte ich Ihnen nur sagen, daß die Erfolgsaussichten einer wirtschaftlichen Perestroika nach meiner Einschätzung — sagen wir innerhalb eines politisch vertretbaren Zeitrahmens — nur 50:50 stehen — 50 % Aussichten auf Erfolg und 50 % Gefahr des Scheiterns. Was meine ich nun mit dem Ausdruck „vertretbarer Zeitrahmen“ oder „politisch annehmbarer Zeitrahmen“? Ich denke dabei an die Mitte der 90er Jahre. Das sowjetische Volk und insbesondere die Russen sind im Laufe der Jahrhunderte von der Geschichte zur Geduld erzogen worden. Eine geduldige Nation also, vor allem die Russen, das ist richtig. Aber trotz dieser Geduld scheinen die ersten Signale der Ungeduld mit der Perestroika sichtbar zu werden.

Wer dem Mann auf der Straße in Kiew oder Moskau oder Leningrad zuhört — und das habe ich während der letzten beiden Jahre dreimal getan —, der wird beobachten, daß erste Zeichen der Ungeduld erkennbar werden. Wenn während der nächsten fünf Jahre — ungefähr — der Mann auf der Straße und seine Familie nicht irgendeine spürbare Verbesserung ihres wirtschaftlichen Wohlergehens erleben werden, dann wird diese Geduld, wie ich meine, dahinschwinden.

Gorbatschow sieht sich riesigen Hindernissen und einem gewaltigen Ausmaß an Trägheit gegenüber. Ich halte es für sehr mutig von ihm, daß er all diese Fragen gleichzeitig angeht. Wer einem Haufen von Bürokraten erklärt, die Hälfte von ihnen sei überflüssig, der

ruft natürlich bei 100 % von ihnen Widerstände hervor, weil niemand weiß, ob er zu den ersten 50 % oder zu der zweiten Hälfte gehört, die verschwinden wird. Das Ausmaß der Trägheit ist ganz gewaltig. Man hat es dort noch nie so gemacht, wie er es möchte, und es gibt keine unternehmerische Tradition, kein entsprechendes Erbe.

Gorbatschow scheinen zwei strategische Ziele vorzuschweben. Erstens will er wirklich das Wohlergehen der 290 Millionen Bürger der Sowjetunion (gegen Ende dieses Jahrhunderts vielleicht an die 300) verbessern, und zum zweiten möchte er der Sowjetunion ihren Status als Weltsupermacht erhalten. Er weiß aber: die Perestroika kann ohne Diskussion, ohne öffentliche Kritik, ohne Glasnost, wie er dieses Schlagwort genannt hat, nicht erfolgreich sein. Und ganz offensichtlich gefährdet Glasnost andererseits unweigerlich die monopolistische Herrschaft des Parteiapparates und bedeutet insbesondere eine Gefahr für den Zusammenhalt dieses riesigen Staates von Kamtschatka im Osten bis nach Estland an der Ostsee, dem Schwarzen Meer im Westen und Armenien im Süden. Glasnost gefährdet aus sich heraus den inneren Zusammenhalt des Gefüges dieses Staates und ebenso auch den Zusammenhalt des Warschauer Paktes und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Über Glasnost hinaus braucht Gorbatschow auch, um die Perestroika zum Erfolg zu führen, einen deutlichen Abbau der Militärausgaben. Es gibt im Westen vielleicht zwanzig verschiedene Methoden, um das sowjetische Bruttosozialprodukt und die Verteidigungsausgaben der UdSSR zu analysieren. Wenn man sich all diese Methoden und die Ergebnisse ansieht, zu denen unsere Experten gelangt sind, dann ist es eine recht vorsichtige Annahme, daß die UdSSR auch heute noch rund 14 % ihres Bruttosozialprodukts für militärische Zwecke ausgibt.

Nun vergleichen Sie dies bitte mit der derzeitigen Zahl von etwas weniger als 6 % in den Vereinigten Staaten von Amerika, 1,6 oder 1,7 % in Japan, zwischen 3 und 4 % des BSP in Europa und fast 5 % im Falle Frankreichs. Gorbatschow aber muß 14 % ausgeben! Und qualitativ ist die Lage noch schlimmer, weil sein Militär die besten Ingenieure, die besten Wissenschaftler, die besten Facharbeiter usw. bekommt. Er weiß also, daß er die Militärausgaben senken muß.

Bisher ist für uns kein Widerstand des militärisch-industriellen Komplexes in der Sowjetunion sichtbar geworden, aber natürlich verstehen wir auch nicht alles, was in der Sowjetunion abläuft. Ich möchte vermuten, daß gegen seinen Versuch eines Abbaus der Militärausgaben starker Widerstand besteht, und ich glaube, daß Gorbatschow es kaum wagen kann, vor den Augen seiner Partei und den Gremien seiner Partei — dem Zentralkomitee zum Beispiel oder dem KGB — und auch vor dem Militär einseitige Kürzungen der Militärausgaben oder der Rüstung im allgemeinen zu beschließen. Was er für die Zwecke seiner Perestroika braucht, ist ein Vertrag oder sind eine Reihe von Verträgen über einen Rüstungsabbau mit dem Westen, vor allem mit den Vereinigten Staaten, die er dann seinen Leuten zu Hause so darstellen kann, daß sie im Westen zu ähnlichen Kürzungen und

gleichen Wirkungen führen. Wenn er dies nicht nachweisen kann, bringt er sich selbst in die größten Schwierigkeiten.

Hieraus möchte ich eine strategische Schlußfolgerung ableiten, die nämlich, daß wir im Westen viel mehr als jemals in den 70er Jahren mit ihm sprechen, ihm zuhören und ihn uns zuhören lassen müssen. In der Mitte der 80er Jahre ist es hauptsächlich zwischen Amerika und der Sowjetunion zu vielen Verbesserungen gekommen, in gewissem Maße auch zwischen den Europäern und der Sowjetunion, um zu einem Rüstungsabbau auf allen Gebieten zu gelangen (die ich Ihnen nicht zu nennen brauche, weil Sie Experten sind und ich kein Experte mehr bin).

Natürlich liegt ein Erfolg der wirtschaftlichen Perestroika nicht nur im Interesse Gorbatschows und, wie er es sieht — und damit hat er wohl recht —, im Interesse aller sowjetischen Bürger. Mit Sicherheit entspricht er auch den Interessen der Polen, der Ungarn, der Tschechen, der Slowaken, der Ostdeutschen und auch unseren Interessen in Westeuropa. Nun dürfen wir aber nicht vergessen, daß die Wahrscheinlichkeit eines Scheiterns von Gorbatschow bis 1995 vielleicht 50 % beträgt und daß er dann von jemand wie Malenkow oder Chruschtschow ersetzt werden könnte. Eine neue Führung könnte dann wirtschaftlich gesehen weniger in der Lage sein, das Schicksal des Landes zu verbessern, so daß man nach einem Ausgleich für das Versagen im Inland auf anderen Gebieten suchen könnte — was dann durchaus eine außenpolitische Strategie und eine Militärstrategie und ein Rückfall in eine expansionistische Gesamtstrategie sein könnten.

IV.

Aus diesen Möglichkeiten möchte ich zwei Schlußfolgerungen ziehen: Erstens müssen wir im Westen die nächsten Jahre bis Mitte der 90er Jahre für Verhandlungen und, wenn möglich, für Vereinbarungen mit den Sowjets über zusätzliche Rüstungskontrollabkommen, Rüstungsabbauverträge, vertrauensbildende Maßnahmen, Kontrollinspektionen usw. nutzen. Nach der Mitte der 90er Jahre könnten die Gelegenheiten nämlich dahinschwinden, und es könnte wieder eine andere Lage bestehen. Die derzeitige Situation könnte man ein „Gelegenheitsfenster“ nennen — es wird nicht ewig offenstehen!

Vieles, was in der Sowjetunion von Gorbatschow in die Wege geleitet worden ist, läßt sich nicht ungeschehen machen, doch mit seiner Führungsrolle kann es aus sein, wenn die Perestroika nicht zu einem Erfolg führt, der zumindest teilweise die Erwartungen erfüllt, die Gorbatschow durch seine Reden der letzten zweieinhalb Jahre geweckt hat.

Zweitens dürfen auch wir selbst keine einseitigen Kürzungen vornehmen. Wir dürfen es nicht dazu kommen lassen, daß das Gleichgewicht der Kräfte zu unserem Nachteil ins Gleiten gerät, denn wir wissen nicht, wie lange Gorbatschow an der Macht bleiben wird und ob wir danach — sagen wir später in den 90er Jahren oder in der zweiten Hälfte der 90er Jahre

oder in den ersten Jahren des nächsten Jahrhunderts — wieder eine aggressive oder expansionistische Sowjetunion erleben werden. Niemand weiß das! Wir können unsere Sicherheit nicht auf Wunschenken aufbauen.

Wir im Westen sollten auch die sowjetischen Operationen in anderen Teilen der Welt als Europa gut im Auge behalten, zum Beispiel in Zentralamerika und der Karibik. In Westafrika haben Sie die jüngsten Entwicklungen in Angola, Namibia usw. verfolgt. In Ostafrika sollten Sie an den Konflikt im Sudan oder auch an Äthiopien denken. Erinnern Sie sich an das Pulverfaß im Nahen und Mittleren Osten — Einzelheiten brauche ich hier nicht anzusprechen — denken Sie an Afghanistan, an Kambodscha usw. Wir sollten das sowjetische Verhalten in diesen Weltteilen sorgfältig beobachten. Im Augenblick scheint die Sowjetunion in einer viel versöhnlicheren Stimmung zu sein als früher, was sich einfach nicht bestreiten läßt. Und wenn sie die Kubaner erst einmal wirklich zum Abzug aus Angola bewegen, wäre es recht schwierig für sie, die kubanischen Truppen beispielsweise sofort nach Kambodscha zu schicken.

Es ist einfach nicht zu bestreiten, daß sich im globalen Verhalten der Sowjetunion vieles ändert. Am wichtigsten aber ist der Umstand, daß diese Veränderungen insbesondere in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China stattfinden.

V.

Auf beiden Seiten herrschte gewöhnlich größter Argwohn, und das weiß ich aus erster Quelle — ich habe mich in Moskau wie in Peking in den 70er und in der ersten Hälfte der 80er Jahre mit der Führungsspitze unterhalten und habe ihr zugehört. In Moskau wie in Peking herrschten bisher tiefer Argwohn und Vorsicht. Nun aber wird es in nächster Zeit zu einem Gipfeltreffen zwischen Gorbatschow und Deng Xiaoping oder Zhao Ziyang kommen, und hierdurch wird gewissermaßen eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden kommunistischen Riesen, die bereits begonnen hat, besiegelt.

Dies wird nicht zu einem engen Bündnis führen, wie es zu Stalins und Mao Zedongs Zeiten Anfang der 50er Jahre bestand. Dazu wird es nicht kommen. Aber es wird zu einer Normalisierung führen, die für beide Seiten vorteilhaft ist. Für China ist sie von Vorteil, weil die Chinesen in Zukunft, wenn sie dies für angemessen halten, den Amerikanern oder den Japanern von Zeit zu Zeit zu zeigen vermögen, daß sie auch die russische Karte ausspielen könnten. Und von Zeit zu Zeit könnten sie den Russen deutlich machen, daß sie möglicherweise auch die amerikanische Karte ausspielen könnten. Sie erhalten dadurch einen größeren Handlungsspielraum. Das gleiche gilt — und das ist noch wichtiger — für die Leute in Moskau.

Noch heute blicken die Sowjets über ihre ostasiatische und südostasiatische Schulter, wenn sie an ihre strategische Lage denken. Sie hatten entlang der viele

Tausend Kilometer langen chinesisch-sowjetischen Grenze starke Truppenverbände, Raketen, Flugzeuge usw. disloziert. Wenn sie erst einmal das Gefühl haben, mit dem anderen kommunistischen Riesen in einer normalisierten, friedlichen Beziehung zu leben, könnte sie dies im Hinblick auf eine Gesamtstrategie mehr als bisher in die Lage versetzen, sich auf die komplexe Aufgabe zu konzentrieren, Osteuropa im Griff zu behalten. Diese Erhaltung von Moskaus Griff auf Osteuropa wird – aufgrund der Glasnost – in Zukunft zu einer komplexeren Aufgabe werden als bisher. Und wenn Gorbatschow diesen Griff schnell verlieren sollte, könnte dies für ihn in den Moskauer Parteikomitees sehr gut das Ende bedeuten.

Wir müssen verstehen, daß es schon jetzt zwei kommunistische Supermächte – zwei strategische Supermächte – gibt. China ist eine nukleare strategische Supermacht – von den konventionellen Streitkräften ganz zu schweigen. Fragen Sie nur die übrigen in Asien lebenden Nationen, um das zu verstehen. Wir haben zwei kommunistische strategische Supermächte. Natürlich ist es so, daß selbst wenn Deng Xiaoping und Zhao Ziyang in der wirtschaftlichen Umstrukturierung Chinas riesige Erfolge erzielen, selbst wenn Gorbatschow mit der Perestroika riesige Erfolge erzielt, selbst wenn der Yuan und der Rubel zu Währungen werden, die sich leicht in andere konvertieren lassen, daß auch dann diese beiden Giganten nicht zu unseren Lebzeiten zu bedeutenden Wirtschafts- oder Finanzmächten werden können. In naher Zukunft wird dies nicht geschehen. Vielleicht wird es dazu nicht vor der Mitte des nächsten Jahrhunderts kommen.

Dies sind jedoch zwei strategische Supermächte, und sie werden es auch bleiben, und im Westen werden wir nur eine Supermacht haben – Amerika, mit dem großen Vorteil, daß die Vereinigten Staaten nicht nur strategisch, sondern auch wirtschaftlich eine Supermacht sind. Und dann werden wir noch eine nicht strategische, sondern finanzielle und wirtschaftliche Supermacht haben – Japan. Daneben wird noch eine weitere Weltmacht bestehen – bisher mit Sicherheit eine nichtstrategische Macht – die jedoch dabei ist, sich zu einer wirtschaftlichen Supermacht zu entwickeln – die Europäische Gemeinschaft.

Insgesamt also fünf bedeutsame Gebilde, deren Entscheidungen sich nachhaltig auf die Entwicklung des Planeten auswirken werden: zwei von ihnen, nämlich Rußland und China, sind lediglich strategische oder, wie Henry Kissinger sie genannt hätte, geopolitische Supermächte, nicht jedoch wirtschaftliche und finanzielle Supermächte; zwei andere, nämlich Japan und die Europäische Gemeinschaft der Zukunft, werden keine strategischen, sondern wirtschaftliche und finanzielle Supermächte sein, und eine weitere Nation – die Vereinigten Staaten von Amerika – wird eine Supermacht mit beiden diesen Eigenschaften darstellen. Noch anders ausgedrückt: es wird auf der Welt zwei Machtdreiecke geben, ein strategisches und ein wirtschaftliches – und die Vereinigten Staaten werden in beiden Dreiecken den Eckstein bilden. Deshalb ist die amerikanische Führung unverzichtbar.

VI.

Mein Hinweis auf die strategischen Qualitäten der Sowjetunion und Chinas veranlaßt mich zu einigen Bemerkungen über die künftige Militärstrategie des Westens. Ich möchte mit Ihnen meine Erinnerungen an zwei Erlebnisse teilen, die ich auf dem Gebiet der Militärstrategie gemacht habe. Das eine reicht in das Jahr 1969 oder 1970 zurück. Damals war ich ein junger Verteidigungsminister, hatte jedoch schon seit rund 15 Jahren Berührung mit dem strategischen Denken, ebenso auch seit mehr als 15 Jahren mit der Bundeswehr und den amerikanischen Oberkommandierenden in Europa und ihren Mitarbeitern. Ich hatte schon vorher über diese Fragen nachgedacht, aber nun war ich verantwortlich. Und ich fand im Bonner Ministerium Pläne, die die Dislozierung von atomaren Sprengmitteln (ADM), also von Atomminen, entlang dem Eisernen Vorhang vorsahen, und diese Pläne sollten recht schnell verwirklicht werden. Hätte es keinen Regierungswechsel gegeben, so hätte mein Vorgänger diese Pläne in kurzer Zeit durchgeführt. Er war einer von jenen, die dies vorbereitet hatten. Ich analysierte die Situation und kam zu dem Urteil, wenn wir dies täten, würde dies dazu führen, daß schon ein kleiner Abstecher über den Eisernen Vorhang zur nuklearen Verwüstung Deutschlands führen würde. Ich entschied mich dagegen. Ich teilte meinem amerikanischen Kollegen Melvin Laird, der auch ein enger persönlicher Freund von mir ist, unumwunden mit: das werde ich nicht tun. Er verstand meine Gründe und Überlegungen sofort und akzeptierte die deutsche Ablehnung.

Wenn ich an dieser Stelle eine Klammer öffnen darf, möchte ich kurz darauf hinweisen, daß ich selbst auf deutscher Seite Verständnis zeigte, als Präsident Nixon und Melvin Laird fast zu dem gleichen Zeitraum die Wehrpflicht in den USA abschafften, um die Unruhe an den amerikanischen Hochschulen zu beschwichtigen. Für einen deutschen Sozialdemokraten war es nicht so leicht, dem Druck zum Beispiel aus meiner eigenen Partei zu widerstehen und nicht dem amerikanischen Beispiel zu folgen und die Wehrpflicht in meinem Lande ebenfalls abzuschaffen. Das Atomminen-Projekt der 60er Jahre bedeutete ein großes Risiko der nuklearen Vernichtung allein der Deutschen – und dies aufgrund eines NATO-Beschlusses. Deshalb sagten wir nein. Nun folgt das andere Beispiel, das nicht bis in das Jahr 1969 oder 1970 zurückreicht, sondern 1975 und 1979 sowie in den 80er Jahren spielte. Damit meine ich natürlich Breschnews Ausbau seiner SS-20-Raketenrüstung, die westlichen Beobachtern und Nachrichtendiensten um die Mitte der 70er Jahre deutlich wurde. Diese mobilen SS-20-Raketen mit jeweils drei getrennt ins Ziel lenkbaren Sprengköpfen und Reichweiten von – wenn ich mich recht erinnere – fast 5 000 Kilometern beschworen das Risiko der strategischen nuklearen Vernichtung Westeuropas und vielleicht auch nur meines eigenen Landes herauf. Diese Raketen konnten Amerika niemals erreichen. Einige von ihnen waren an der chinesisch-sowjetischen Grenze stationiert und sollten Peking treffen. Auch diese Raketen konnten Amerika übrigens nicht erreichen. Diesmal wurden die Risiken nicht durch eine westliche Entscheidung heraufbe-

schworen, sondern durch den sowjetischen Beschluß, die SS-20-Raketen zu entwickeln, einzuführen und zu dislozieren. Die Antwort mußte auch hier nein lauten: das darf nicht geschehen, es ist unannehmbar.

So wurde ich zu einem der vier Urheber des berühmten Doppelbeschlusses — manche würden von dem berüchtigten Doppelbeschluß sprechen —, der schließlich acht Jahre später zum Mittelstreckenabkommen und zur doppelten Null-Lösung führte. Die doppelte Null-Lösung war das Ziel gewesen, das wir als optimales Ergebnis dieser Maßnahme bereits 1979 festgelegt hatten. 1987 war ich mit dem Ergebnis dieser Bemühungen durchaus zufrieden, obwohl es sehr dazu beigetragen hatte, daß ich schon 1982 mein Amt verlor.

Dementsprechend wird mich wohl nie jemand beschuldigen, angesichts sowjetischer Bedrohungen weich geworden zu sein — ich ging durchaus einige persönliche politische Risiken ein und verlor dabei sogar mein Amt. Ich fühle mich deshalb berechtigt, Ihnen folgendes zu sagen: die derzeitige Diskussion über die sogenannte Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenwaffen ist mit der Frage, wie den neu aufgetauchten SS-20-Raketen in der Mitte der 70er Jahre zu begegnen sei, überhaupt nicht zu vergleichen, weil jetzt keine zusätzliche oder modernisierte sowjetische Bedrohung durch Nuklearwaffen kurzer Reichweite besteht, auf die wir zu reagieren hätten.

Lassen Sie mich eine Überzeugung ansprechen, die ich seit langem hege. Ich habe dies schon Ende der 50er und 60er Jahre geschrieben und veröffentlicht und dann wieder in den 70er Jahren: ich glaube, daß Kernwaffen in unseren Händen — den Händen des Westens — nur einem Ziel dienen, nämlich die Last des Ersteinsatzes von Kernwaffen der anderen Seite hinter dem Eisernen Vorhang aufzubürden.

Und wer auf unserer Seite die künstliche und drittrangige Frage der Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenraketen zu einer bedeutenden, sogenannten militärischen Notwendigkeit hochspielt, dem fehlt es am Gespür für die richtigen Proportionen. Ich bitte um den gebührenden militärischen Pardon für diese harte Wortwahl, aber seit meiner eigenen Dienstzeit als Soldat während Hitlers Krieg weiß ich: militärische Fähigkeiten erfordern mehr als Zählenkönnen.

VII.

Wieder einmal ist von einem weiteren Streit innerhalb des Bündnisses zu hören, denn zur Zeit wird viel von Lastenteilung gesprochen. Aber, meine Damen und Herren von jenseits des Atlantiks, wie wäre es denn mit einer Risikoteilung? Angesichts der geopolitischen Lage spricht niemand für die Übernahme größerer Risiken in Kanada oder im Bundesstaat Washington oder im Bundesstaat Virginia oder sonst irgendwo. Letzten Winter aber las ich einen Bericht von vier hervorragenden amerikanischen strategischen Denkern und Autoren mit dem Titel „Discriminate Deterrence“. Darin wurde anscheinend versucht, das Risiko der nuklearen Eskalation für Amerika — und im übrigen auch für die Sowjetunion — zu minimieren

und das nukleare Risiko für andere, hauptsächlich in Europa, zu erhöhen. Oder erlauben Sie mir den Hinweis auf die Utopie SDI. Wenn dieses Projekt jemals Wirklichkeit werden und dem Ziel dienen sollte, das Präsident Reagan ihm zugesprochen hat, so weist dies in die gleiche Richtung: es würde den Amerikanern Schutz bieten, natürlich aber nicht den Bewohnern Europas.

Derartige militärstrategische Überlegungen und Planungen unterminieren in unserer Öffentlichkeit die Akzeptanz und die Annehmbarkeit unserer gemeinsamen Verteidigungsplanung und Abschreckung. Wir haben in den letzten Jahren schon viele Kehrtwendungen erlebt. Reykjavik liegt nicht so lange zurück. Die Neutronenbombenaffäre ist auch noch nicht so lange her, Embargos trotz früherer Versprechungen liegen nicht lange zurück und was weiß ich noch alles. Es wäre deshalb nur angemessen, wenn sich die westeuropäischen Mitglieder des Atlantischen Bündnisses endlich zu gemeinsamem Handeln zusammenfänden, zusammenarbeiteten und 25 Jahre nach John F. Kennedys Rede in Philadelphia den europäischen Pfeiler in unserem Bündnis errichteten — dort den nordamerikanischen Pfeiler und hier den europäischen Pfeiler, auf dem das Gebäude ruhen müßte.

Vor sieben Wochen erklärte Präsident François Mitterrand in einer behutsam formulierten Rede, er glaube an die Notwendigkeit der Errichtung des europäischen Pfeilers des Atlantischen Bündnisses. Er setzte hinzu, Europa werde es nicht geben, wenn es nicht in der Lage sei, sich die eigene Fähigkeit zur Verteidigung zu geben. Ich glaube, daß der französische Präsident recht hat — mir ist klar, daß die Westeuropäische Union (WEU) während des nächsten Jahrzehnts sicherlich die Stelle einnehmen sollte, die bisher von der NATO-Organisation eingenommen wurde, der Frankreich nicht angehört. Frankreich ist jedoch Mitglied der WEU, genau wie Großbritannien, die Benelux-Länder, die Bundesrepublik Deutschland und Italien; Spanien und Portugal sind auf dem Wege zur WEU-Mitgliedschaft — und Dänemark und Norwegen könnten leicht folgen.

Natürlich würden Frankreich und auch Großbritannien dann ihre rein nationale und autonome Entscheidungsbefugnis über ihre nationalen Kernwaffen wie bisher behalten. Die Zusammenlegung der konventionellen Heeres- und Luftstreitkräfte von uns Westeuropäern würde jedoch an sich schon zu Streitkräften führen, die groß genug wären, um das falsch dargestellte und zutiefst irreführende Bild der weit überlegenen konventionellen Streitkräfte des Warschauer Paktes verblasen zu lassen. Westeuropa würde nicht nur als rein wirtschaftliche Supermacht, sondern auch als strategische Supermacht in Erscheinung treten.

VIII.

Ich weiß, meine Damen und Herren, daß ich damit vielleicht schon im 21. Jahrhundert angelangt bin. Einige von Ihnen mögen meinen letzten Absatz als Wunschdenken ansehen. Als jedoch Jean Monnet vor fast 40 Jahren seine Initiative für die Europäische Gemeinschaft begann, hielten viele Leute auch das für

Wunschdenken. Und als Churchill 1946 seine Züricher Rede hielt, sahen viele Europäer darin Wunschdenken. Es muß immer Menschen geben, die vorausschauen und vorausdenken.

Es gibt in all unseren Nationen innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft sicherlich klügere Menschen als mich oder uns hier in diesem Saal. Weshalb sollten wir nicht eine Gruppe von Weisen zusammentreten lassen, wie wir dies in den 50er Jahren und dann wieder in den 60er Jahren taten? Weshalb sollen sie nicht gemeinsam vorausdenken und einen Entwurf für eine neue gemeinsame Gesamtstrategie für die 90er Jahre und darüber hinaus vorlegen? Erst wenn wir ihre Vorschläge erhalten haben, sollte ein Gipfeltreffen aller Staats- oder Regierungschefs der Mitgliedsstaaten unseres Bündnisses einberufen werden.

Zu dieser Gruppe von Weisen sollten natürlich ebenso Europäer wie Amerikaner gehören. Auch wirtschaftlicher und umweltpolitischer Sachverstand müßte hinzukommen, und vielleicht haben unsere amerikanischen Freunde auch heute innerhalb ihrer Streitkräfte so hervorragende strategische Denker wie vor 30 Jahren die Generäle Maxwell Taylor und Lauris Norstad, an die beide ich mich mit großem Respekt erinnere. Sie waren nicht einfach Militärs, sie waren Männer der Gesamtstrategie in dem Sinne, wie ich dieses Wort verwendet habe. —

Im Anschluß an diese Ausführungen beantwortete Bundeskanzler a. D. Schmidt Fragen der Abgeordneten. Der italienische Abgeordnete **Napolitano** wies auf Erklärungen Gorbatschows hin, wonach die globalen Umweltprobleme und die Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer nur im Wege der Zusammenarbeit zwischen Ost und West zu lösen seien. Er fragte, ob der Redner hierin eine Herausforderung für die westliche Allianz sehe, eine eigene Strategie der Zusammenarbeit mit dem Osten zu entwickeln. Bundeskanzler a. D. Schmidt erwiderte, er könne mit einem einfachen Ja antworten, wolle jedoch hinzufügen, daß die Sowjetunion bisher nicht in der Lage gewesen sei, nennenswerte Entwicklungshilfe zu leisten. Zunächst müßten sich auch die westlichen Industrieländer in diesen Fragen einigen, bevor sie mit anderen darüber sprächen.

Abgeordneter **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) bezog sich auf die geschilderte, immer schwieriger werdende wirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer und fragte, ob eine von den Amerikanern verlangte Zurückführung ihres Zahlungsbilanz- und Haushaltsdefizits nicht zu industriellem Rückschritt und wirtschaftlicher Depression führen könne, wodurch letztlich die Lage der Entwicklungsländer noch verschlimmert würde.

Bundeskanzler a. D. Schmidt erinnerte daran, er habe Vorwürfe nicht nur den Amerikanern wegen ihrer Bilanzdefizite gemacht, sondern ebenso den Japanern und den Deutschen den umgekehrten Fehler vorgeworfen, daß sie in derselben Größenordnung Überschüsse erwirtschafteten, was weltwirtschaftlich gesehen ein Unsinn sei, insbesondere wenn diese Kapitalerschöpfung dann noch nach den USA exportiert und damit der dortige Staatshaushalt finanziert werde. Besser würde dieses Kapital in einige Länder Latein-

amerikas und Afrikas exportiert. Richtig sei, daß eine plötzliche Beseitigung des US-Haushaltsdefizits zu einer weltweiten Depression führen könnte. Er rate daher den Amerikanern, ihr Defizit in Schritten von etwa 35 bis 40 Milliarden jährlich zu verringern, was zwar die Nachfrage verlangsamen, aber keinesfalls eine Depression auslösen würde. Mit bloßer Beschneidung der Staatsausgaben könnten die USA allerdings kaum auskommen; folglich müßten sie irgendwie die Besteuerung erhöhen und eine höhere Benzinsteuern wäre sicher nicht schlecht.

Abg. **Mateman** (Niederlande) fragte, was der Redner von einem Austausch der mit manchen Risiken behafteten Nuklearartillerie gegen modernisierte Kurzstreckenwaffen hielte und ob es zum gegenwärtigen Zeitpunkt und angesichts der Lage von Gorbatschow überhaupt relevant sei, zu modernisieren.

Bundeskanzler a. D. Schmidt verwies auf seine vorangegangenen Ausführungen, daß er nämlich die Frage der sogenannten Modernisierung nuklearer Kurzstreckenwaffen für eine Frage von drittklassiger Bedeutung halte und die Sowjets bisher keinen Anlaß gegeben hätten, hierüber sonderlich nachzudenken.

Aussprache zu dem Thema „Gorbatschows Herausforderung für das Bündnis“

Abg. **Petersen** (Norwegen), Berichterstatter des Unterausschusses „Osteuropa“, leitete die Aussprache über den Entschließungsentwurf ein: Die positiven Veränderungen innerhalb der Warschauer-Pakt-Staaten wirkten sich auf das Ost-West-Verhältnis aus und böten neue Möglichkeiten für die Anwendung der Harmel-Doktrin des Bündnisses. In der Tat stelle es eine Herausforderung dar, über diese Möglichkeiten nachzudenken und sie in die Tat umzusetzen. Was die Seite der Rüstungskontrollverhandlungen angehe, so habe das Bündnis einen ausgesprochenen Nachholbedarf in seinen Überlegungen. Die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts sei überfällig; die NATO habe noch nicht einmal umfassende Daten über den Vergleich der konventionellen Streitkräfte zwischen NATO und Warschauer Pakt veröffentlicht. Es sei an der Zeit, endlich in Gespräche über die konventionelle Stabilität einzutreten. Die jüngsten Entwicklungen in Osteuropa hätten zu weitreichenden Erwartungen in der öffentlichen Meinung im Westen geführt.

Abg. **Prof. Dr. Abelein** (Bundesrepublik Deutschland), stellte fest, die neuen Entwicklungen in der Sowjetunion ließen Hoffnungen aufkommen und böten zweifellos neue Chancen. Doch gebe es auch Anlaß zu Skepsis und Vorsicht. Nach wie vor existiere die massive sowjetische Überlegenheit bei den konventionellen Streitkräften, und man dürfe nicht Erklärungen und Absichten mit Fakten verwechseln. Nach wie vor müsse das Bündnis nach den Prinzipien des Harmel-Berichts handeln. Nur auf der Grundlage ausreichender Verteidigungsfähigkeit könnten politische Verhandlungen und Entspannungsbemühungen erfolgreich sein. Der INF-Vertrag sei ein erster Schritt gewesen, dem weitere Vereinbarungen folgen müßten, immer nach dem Grundsatz, daß derjenige, der mehr Waffen besitze, mehr abrüsten müsse. Gorba-

tschows Beschreibung von dem „Haus Europa“ sei zwar ein sympathisches Bild, aber ein solches Haus dürfe in der Realität auch keine eisernen Vorhänge, keine Minenfelder und keine tödlichen Mauern aufweisen.

In der weiteren Aussprache, in der zahlreiche Abgeordnete mit kurzen Beiträgen das Wort ergriffen, kamen folgende Gesichtspunkte zum Ausdruck: In nicht vorhergesehener Weise sei in der Sowjetunion ein von oben geforderter Wandel ins Werk gesetzt worden, der in seinem Realitätsgehalt und seinen Erfolgsaussichten noch nicht klar beurteilt werden könne. Außen- und sicherheitspolitisch kehre die Sowjetunion so schnell ein verändertes Profil hervor, daß dies für den Westen geradezu eine Herausforderung hinsichtlich seiner Haltung und Reaktion auf die neue Situation bedeute. Jahrzehntlang habe das Bündnis auf Worte gewartet, wie sie jetzt in Erklärungen und sicherheitspolitischen Initiativen Gorbatschows vorlägen. Niemals wären dessen Vorgänger bereit gewesen, den Bestimmungen des jetzt geschlossenen INF-Vertrages zuzustimmen. Gorbatschow hingegen habe einige grundlegende Forderungen des westlichen Bündnisses, wie den asymmetrischen Abbau von Streitkräften und umfassende Verifikationsmaßnahmen anerkannt. Auch der Afghanistan-Vertrag enthalte ein Zeichen des Willens zu echtem Wandel. Der wahre Grund dieses Wandels liege allerdings in dem Versagen des kommunistischen Systems. Es habe sich als unfähig erwiesen im Wettbewerb mit den freien Demokratien des westlichen Bündnisses. Die Leistungen und Lebensverhältnisse dieser Länder seien umgekehrt die dauernde Herausforderung für die Staaten des Ostens. Eine jahrzehntelange gemeinsame Haltung der westlichen Allianz gegenüber der aggressiven sowjetischen Machtpolitik habe zum Erfolg geführt. Die Anzeichen des östlichen Wandels berechtigten nun zu der Hoffnung, daß auch Ziele wie weitere Abrüstungsabkommen, vor allem Rüstungskontrollvereinbarungen im konventionellen Bereich, die Abschaffung der chemischen Waffen und weitere Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen angegangen werden könnten. Solange den Erklärungen und Worten Gorbatschows keine Taten gefolgt seien und der Erfolg seiner Reformbemühungen ungewiß bleibe, könne der Westen seine Entspannungsbereitschaft nur unter Wahrung ausreichender Verteidigungsfähigkeit, einschließlich der Beibehaltung des Elementes der atomaren Abschreckung, entfalten. Die Entspannungsbemühungen dürften jedoch nicht mehr lediglich auf militärische Belange beschränkt bleiben.

Auch ein Gesamtkonzept für kommende Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen müsse in eine Gesamtstrategie des politischen Handelns der Allianz eingebettet sein, die globale Probleme wie den Umweltschutz und das Nord-Süd-Verhältnis berücksichtige.

Im Innern müsse das Nordatlantische Bündnis seine Geschlossenheit bewahren. Weder Fragen der Lastenteilung, der Risikoteilung, noch der Ausbildung eines europäischen Pfeilers im Bündnis dürften den Zusammenhalt der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft in Frage stellen. Es sei die Zeit gekommen,

daß das Bündnis auch über den Bereich der militärischen Sicherheit hinaus Aufgaben in der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Umwelt- und der Entwicklungspolitik erfülle. Durch solche Aufgaben werde sich auch das Erscheinungsbild und Ansehen des Bündnisses in der Öffentlichkeit verbessern.

Mehrfach wurde der Warnung Ausdruck verliehen, daß die sowjetischen Bestrebungen, Europa von den Vereinigten Staaten sicherheitspolitisch zu trennen, nach wie vor anhielten und ein vorrangiges Ziel der östlichen Politik darstellten.

Gorbatschows Vorstellungen von einem „gemeinsamen Haus Europa“ lenkten von der Tatsache ab, daß die mit dieser Metapher angesprochenen Lebensverhältnisse in der transatlantischen Partnerschaft bereits verwirklicht seien. Jeder Schritt werde begrüßt, der zu einem „gemeinsamen Haus Europa“ führe, in dem Perestroika und Glasnost auch für Minderheiten gälten, in dem kommunistischer Totalitarismus verschwände, freie Wahlen garantiert würden und der Abbau der Berliner Mauer geschehen könnte.

Abg. **Frau Beer** (Bundesrepublik Deutschland), führte gegen Ende der Debatte aus, die Nordatlantische Versammlung habe als Antwort auf die Herausforderung Gorbatschows für das westliche Bündnis leider nur die Antwort der fortbestehenden atomaren Abschreckung, nebensächlich begleitet von Rüstungskontrollverhandlungen, gefunden. Von Abrüstung könne kaum die Rede sein. Außerhalb der Versammlung hätte jedoch die Friedensbewegung durch Gegenaktivitäten gegen diese Tagung anderen Antworten Ausdruck verliehen. Es sei deutlich gemacht worden, daß es für die Aufrüstungspläne der NATO keinen Konsens in der Bundesrepublik Deutschland gebe, wenngleich es sich gezeigt habe, daß es in Hamburg z. Zt. nicht möglich sei, eine solche öffentliche Kundgebung ungestört durchzuführen.

Die Friedensbewegung habe eine Resolution verabschiedet, die allen Anwesenden vorliege und die sie als Gegenentwurf bzw. als Änderungsantrag zum vorliegenden Entwurf der Nordatlantischen Versammlung einbringe. Nach ihren Erfahrungen bei der aufgelösten und verbotenen Kundgebung in Hamburg am 17. November 1988 werde sie in der Nordatlantischen Versammlung „nicht mehr Demokratie spielen, indem sie zur Sache spreche“.

Abg. **Frau Traupe** (Bundesrepublik Deutschland), entgegnete hierauf in ihrem Beitrag, die Tatsache der freien Rede der Kollegin Beer beweise, daß man sich in einem Bündnis freiheitlicher Staaten und in einem demokratischen Land befinde. Sie brauche nicht weiter auszuführen, daß die übrigen Mitglieder der deutschen Delegation die Meinung der Abg. Beer nicht teilten.

Sie selbst sei etwas enttäuscht von dieser Tagung, da sie sich frage, warum eigentlich dieses Bündnis freiheitlicher Staaten so defensiv auf Herrn Gorbatschow reagieren müsse. Dies dokumentiere sich auch in der Entschließung. Eine Versammlung von frei gewählten Parlamentariern müsse die militärischen und zivilen Fachleute des Bündnisses hartnäckiger befragen, warum sie nicht mehr Fakten zu einem umfassenden Rüstungskontrollkonzept vorzulegen hätten. Sie ver-

misser bisher glaubwürdige Analysen für alle Stärken und Schwächen der NATO wie des Warschauer Paktes im konventionellen Bereich. Natürlich gebe es in diesem Bereich Stärken auf Seiten des Bündnisses, die der Warschauer Pakt fürchte. Und könne man nicht aufgrund dieser Stärken wirkliche Abrüstungsschritte mit dem Warschauer Pakt erwarten?

Nach ihrer Ansicht seien auf dieser Tagung die von der Dritten Welt ausgehenden Gefahren zu wenig erschöpfend behandelt worden. Diese Staaten könnten ihre Wirtschafts- und Umweltprobleme nicht lösen, weil weder der Westen noch der Warschauer Pakt rechtzeitig mit Geld und Wissen geholfen hätten. Die 90er Jahre würden nicht von den Krisen zwischen Ost und West bestimmt werden, die Völker der Dritten Welt würden nicht zwischen Ost und West unterscheiden, sondern zwischen Arm und Reich, zwischen wirtschaftlich und militärisch stärkeren Ländern und Habenichtsen. Eine bessere Zusammenarbeit zwischen NATO und Warschauer Pakt sei notwendig, um die Probleme der Dritten Welt lösen zu helfen. Voraussetzung dafür seien Rüstungskontrollverhandlungen. Alle Teilnehmer der Konferenz sollten zu Hause in ihren Parlamenten ihre Regierungen fragen, wann endlich sie ein Konzept für diese Verhandlungen vorlegten. Sie hoffe, daß man bei dem nächsten Zusammenkommen im Frühjahr dann über konkrete Pläne reden könne.

Zum Ablauf der Konferenz

An der 34. Jahrestagung nahm wie üblich eine japanische Delegation als Beobachter teil. Zum ersten Mal ergriff auf der Konferenz ein Regierungsvertreter ei-

nes Warschauer-Pakt-Staates, der ungarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Gyula Horn, das Wort. Er sprach vor dem Politischen Ausschuß über das Thema: Der Aufbau von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Im Verlauf der Konferenz besuchten die Teilnehmer auf Einladung des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein und Präsidenten des Bundesrats Björn Engholm die Hansestadt Lübeck und besichtigten verschiedene Abschnitte der innerdeutschen Grenze.

Die Versammlung wählte den Abg. Patrick Duffy (Vereinigtes Königreich), zu ihrem Präsidenten und die Abg. William Roth (USA), Mariano Rumor (Italien) und Zeki Yavuztürk (Türkei) zu Vizepräsidenten.

Der Militärausschuß der Versammlung wurde umbenannt in „Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit“.

Von den Mitgliedern der Delegation der Bundesrepublik Deutschland wurden in Ämter der Ausschüsse gewählt: Abg. Frau Minister Heide Simonis zur Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses (Wiederwahl); Abg. Frau Brigitte Traupe zur Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Zivilangelegenheiten und zur Vorsitzenden von dessen Unterausschuß „Information der Öffentlichkeit“ (Wiederwahl); Abg. Karsten Voigt (Frankfurt) zum Generalberichterstatter des Militärausschusses (Wiederwahl); Abg. Peter Petersen zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Verteidigungszusammenarbeit“ des Militärausschusses (Wiederwahl); Abg. Lothar Ibrügger zum Generalberichterstatter des Ausschusses für Wissenschaft und Technik (Wiederwahl).

Bonn, den 22. Dezember 1988

Prof. Dr. Manfred Abelein, MdB

Leiter der Delegation

EntschlieÙung 195 (1988)

betr. das Atlantische Bündnis und den „Gorbatschow-Effekt“ in der öffentlichen Meinung im Westen

Die Versammlung

1. *begrüÙt* die jüngste innenpolitische Entwicklung des sowjetischen Regimes und den Abbau der Spannungen zwischen Ost und West;
2. *ist jedoch besorgt*, daß diese Veränderungen die von der Sowjetunion auf internationaler Ebene verfolgten traditionellen Ziele möglicherweise nicht grundlegend beeinflussen;
3. *stellt fest*, daß es Gorbatschow gelungen ist, zunehmend größere Teile der öffentlichen Meinung im Westen davon zu überzeugen, daß die derzeitige Politik der Sowjetunion den Frieden fördert und Frieden nur durch Abrüstung und Denuklearisierung erreicht werden kann;
4. *bekräftigt*, daß die Verteidigung des Atlantischen Bündnisses und Frieden in Europa nicht ohne nukleare Abschreckung, eine starke konventionelle Verteidigung und Bemühungen um die Gewährleistung beiderseitig verifizierbarer Rüstungskontrollvereinbarungen gewährleistet werden können, und *stellt fest*, daß in bestimmten Ländern des Bündnisses in der breiten Öffentlichkeit Zweifel im Hinblick auf die Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenwaffen der NATO und ganz allgemein gegenüber der nuklearen Abschreckung als solcher bestehen;
5. *unterstreicht*, daß diese Diskrepanz zwischen den Zielen der Öffentlichkeit und den Verteidigungserfordernissen des Bündnisses überwunden werden muß, weil in den NATO-Mitgliedstaaten eine breite öffentliche Unterstützung für die Verteidigungserfordernisse des Bündnisses notwendig ist;
6. *ist überzeugt*, daß die Behörden des Bündnisses eine positive Haltung annehmen müssen und nicht nur auf sowjetische Initiativen reagieren sollten, damit dieses Ziel verwirklicht werden kann;
7. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Bündnisses *dringend auf*,
 - a) eindeutig zu bestätigen, daß die Verteidigung des Atlantischen Bündnisses auf der nuklearen Abschreckung, einer starken konventionellen Verteidigung und Bemühungen um beiderseitig verifizierbare Rüstungskontrollvereinbarungen basiert;
 - b) im Sinne des von der Nordatlantischen Versammlung verfaÙten Berichts „Die NATO in den 90er Jahren“ eine kleine Arbeitsgruppe führender Politiker einzusetzen, deren Aufgabe es wäre, die zukünftigen transatlantischen Beziehungen, unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten und Grenzen der europäischen Identität im Bereich der Verteidigung, sowie der Rolle der nuklearen Waffen in der Bündnisstrategie, eindeutig zu definieren und die daraus

hervorgehenden Ergebnisse und Schlußfolgerungen dem NATO-Gipfel zu unterbreiten.

EntschlieÙung 196 (1988)

betr. das Atlantische Bündnis und den Zivilschutz

Die Versammlung

1. *vertritt die Überzeugung*, daß es zur Verbesserung der öffentlichen Unterstützung für die Verteidigungsanstrengungen der Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses notwendig ist, daß diese Länder deutlich machen, daß das Überleben der Bevölkerung im Falle einer zivilen oder militärischen Katastrophe für sie höchste Priorität hat;
2. *stellt fest*, daß die Bewältigung ziviler und militärischer Katastrophen unter Verwendung ähnlicher Mittel erfolgt und daß das Ansehen der Streitkräfte bei der Zivilbevölkerung dadurch verbessert werden kann, daß militärische Mittel zur Bewältigung ziviler Unglücksfälle eingesetzt werden;
3. *stellt mit Bedauern fest*, daß die von den einzelnen Mitgliedsländern des Atlantischen Bündnisses ergriffenen Zivilschutzmaßnahmen uneinheitlich und unkoordiniert sind;
4. *erkennt an*, daß die NATO in diesem Bereich keine führende Rolle übernehmen kann, insbesondere weil die in den einzelnen Ländern bestehenden Erfordernisse erheblich voneinander abweichen;
5. *bekräftigt jedoch*, daß die NATO eine koordinierende Rolle in bezug auf die in den Mitgliedsländern des Atlantischen Bündnisses unternommenen Anstrengungen spielen muß;
6. *äuÙert den Wunsch*, daß sich diese Koordination als effektiv erweist und daß die vom Komitee für Zivilschutzmaßnahmen im Katastrophenfall und vom Komitee für Zivilverteidigung vorgeschlagenen Empfehlungen eine stärkere Wirkung zeigen;
7. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Bündnisses *dringend auf*,
 - a) den hohen Stellenwert, den sie dem Zivilschutz in ihren Ländern einräumen, öffentlich zu bekräftigen;
 - b) zur Koordinierung ihrer Anstrengungen in diesem Bereich beizutragen, indem sie bei der NATO eine Datenbank einrichten, die es ihnen ermöglicht, ihre Erfahrungen miteinander zu vergleichen und im Ernstfall sofort darüber im Bilde zu sein, welche Mittel ihnen ihre Partner zur Verfügung stellen könnten.

EntschlieÙung 197 (1988)

betr. die Handelspolitiken der Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses

Die Versammlung

1. *vertritt die Überzeugung*, daß protektionistische Maßnahmen den Ländern, die sie ergreifen, keine

- dauerhaften Vorteile verschaffen, daß sie das multilaterale Handelssystem beeinträchtigen und zu schädlichen Repressalien führen, wodurch wiederum Wachstum und Wohlstand insbesondere in den weniger entwickelten Ländern herabgesetzt werden, deren Weiterentwicklung von einem normalen, vorhersehbaren Anstieg ihrer Exporterträge abhängt;
2. *ist daher beunruhigt* über das Ausmaß dieser protektionistischen Maßnahmen und das zunehmende Interesse an Bilateralismus und Regionalisierung im Welthandel, was eine Abkehr von den im Rahmen des GATT geforderten multilateralen Bestimmungen bedeutet;
 3. *ist insbesondere besorgt* über den anhaltenden protektionistischen Druck und das dadurch bedingte erneute Auftreten transatlantischer Spannungen in den verschiedensten Bereichen, wie z. B. der Agrarproduktion und des Agrarhandels, der zivilen Luftfahrt und der Informations- und Kommunikationstechnologien;
 4. *vertritt die Überzeugung*, daß die im Bereich der transatlantischen Handelsbeziehungen herrschenden Spannungen sich nicht nur äußerst nachteilig auf Produktion und Beschäftigungslage in den Mitgliedsländern des Bündnisses auswirken, sondern auch ein destabilisierender Faktor für den politischen Zusammenhalt des Nordatlantischen Bündnisses sind;
 5. *ist daher in Sorge*, daß der protektionistische Druck in den Vereinigten Staaten infolge der 1988 verabschiedeten neuen Handelsgesetze zunimmt, deren Anwendung bei der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992 zu Gegenmaßnahmen führen könnte;
 6. *stellt fest*, daß der von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften unterbreitete Vorschlag, die zur Zeit für den Import von Verteidigungsgerät aus Nichtmitgliedstaaten der EG geltenden Tarifikonzessionen abzuschaffen, im Falle seiner Annahme eine protektionistische Maßnahme wäre, die sich negativ auf den bündnisinternen Handel mit Verteidigungsgerät auswirken würde;
 7. *betont*, daß sich die Vereinigten Staaten und die Europäische Gemeinschaft als die beiden größten Handelsmächte der Welt aktiv an der Festsetzung globaler Wirtschaftsnormen beteiligen sollten;
 8. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses, insbesondere Nordamerikas und der Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft, *dringend auf*,
 - a) bei der Erweiterung des offenen multilateralen Handelssystems richtungsweisend zu wirken,
 - i. indem sie sich um die Beseitigung der im Bereich des Handels bestehenden Beschränkungen und Subventionen bemühen und sich weiterem protektionistischem Druck in allen Bereichen, vor allem im Landwirtschafts- und Verteidigungssektor, entschieden widersetzen;

- ii. indem sie dafür Sorge tragen, daß Formulierung und Verwirklichung der Handelspolitiken sowie aller anderen Initiativen, die sich auf die Handelsbeziehungen zu Drittländern auswirken könnten, in Übereinstimmung mit den multilateralen Bestimmungen des GATT erfolgen;
- iii. indem sie sich im Rahmen der laufenden Verhandlungen des GATT innerhalb der Uruguay-Runde in konstruktiver und kooperativer Weise darum bemühen, daß das multilaterale Handelssystem durch die Aushandlung neuer Handelsbestimmungen sowie durch die Konsolidierung und Erweiterung des institutionellen Rahmens des GATT gefestigt wird.

EntschlieÙung 198 (1988)

betr. den Abschluß und die Implementierung eines START-Vertrages

Die Versammlung

1. *erkennt an*, daß bei den START-Verhandlungen durch eine Rahmenlegung für tiefgreifende Reduzierungen im strategischen Nukleararsenal der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten bereits substantielle Fortschritte erzielt wurden;
2. *ist ermutigt* durch die Tatsache, daß derartige Reduzierungen Einschnitte um 50 % bei den ballistischen Gefechtsköpfen, den schweren Flugkörpern und dem gesamten Wurfgewicht der Sowjetunion bedeuten würden;
3. *ist davon überzeugt*, daß der START-Rahmen die Überlebensfähigkeit der strategischen Streitkräfte der Vereinigten Staaten gewährleistet, indem er dem Erstschlagspotential der sowjetischen Streitkräfte einschneidende Kürzungen auferlegt und es den Vereinigten Staaten ermöglicht, ihre Vergeltungsstreitkräfte weitestgehend zu verteilen;
4. *ist überzeugt*, daß die Implementierung einer START-Vereinbarung weder einen konventionellen Krieg wahrscheinlicher machen noch die Fähigkeit oder Verpflichtung der Vereinigten Staaten beeinträchtigen würde, die Verteidigung Westeuropas gegen jegliche Form der Aggression von seiten des Warschauer Paktes zu unterstützen;
5. *stellt fest*, daß der INF-Vertrag die beiden Supermächte bereits zu umfangreichen Verifikationsaktivitäten, einschließlich unerwartet weitreichender gegenseitiger Inspektionsverfahren, geführt hat;
6. *hat die Hoffnung*, daß die USA und die Sowjetunion wirksame Verifikationsmaßnahmen aushandeln können, die den beiden Parteien die gegenseitige Überwachung der Einhaltung des Vertrages ermöglichen, während gleichzeitig die notwendige Sicherheit der mit Geheimhaltungsstufe versehenen Anlagen aufrechterhalten bleibt;

7. *bringt die Hoffnung zum Ausdruck*, daß der Abschluß und die Implementierung eines START-Vertrages somit die Aussichten auf Fortschritte bei den anstehenden Gesprächen über die Stabilität der konventionellen Streitkräfte verbessern könnten;
8. *begrüßt* die von der Reagan-Administration unternommenen hartnäckigen Bemühungen, innerhalb des Bündnisses Konsultationen über die beim START-Prozeß zu verzeichnenden Entwicklungen in Gang zu setzen;
9. *verweist darauf*, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten des Bündnisses die Vereinigten Staaten mehrmals dringend zum Abschluß eines START-Vertrages aufgefordert haben, mit der Begründung, daß dieser Vertrag die Sicherheit des gesamten Bündnisses weiter erhöhen würde;
10. *ist darüber besorgt*, daß jetzt von einigen Sachverständigen befürwortet wird, die START-Verhandlungen auf unbestimmte Zeit zu vertagen, solange keine Fortschritte in bezug auf die Verbesserung des Gleichgewichts bei den konventionellen Streitkräften in Europa erzielt werden;
11. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Bündnisses *dringend auf*, den Vereinigten Staaten weiterhin ihre uneingeschränkte Unterstützung zu gewähren, damit diese unverzüglich – und unabhängig von Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle – zum Abschluß, zur Ratifikation und zur Implementierung eines START-Vertrages gelangen können, der auf den von der Reagan-Administration ausgehandelten Rahmenbedingungen beruht.

Entschließung 199 (1988)
betr. den Terrorismus

Die Versammlung

1. *verweist* auf ihre Entschließungen 179 und 188;
2. *begrüßt* die von den Mitgliedstaaten erzielten Fortschritte bei der Bekämpfung des Terrorismus;
3. *verurteilt einhellig* Terrorismus als die Gewaltanwendung oder -androhung durch eine Vereinigung von Personen zur Durchsetzung politischer Ziele, ohne daß ein Kriegszustand besteht;
4. *bekräftigt* ihre tiefe Überzeugung, daß alle Formen des Terrorismus als kriminelle Handlungen, ungeachtet der ihnen zugrundeliegenden Motive, bestraft werden müssen;
5. *ist entschlossen*, die Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze sowie alle Formen der Zusammenarbeit zu verstärken;
6. *bedauert* die weltweite Eskalation terroristischer Anschläge;

7. *fordert* die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf*,
 - a) ihre Anstrengungen, einen gemeinsamen Ansatz für die Bekämpfung des Terrorismus zu finden, zu verstärken, einschließlich bei der Identifizierung, Fahndung, Verfolgung, Festnahme, Strafverfolgung und Bestrafung von Terroristen;
 - b) gegebenenfalls kollektive Sanktionen gegenüber Staaten zu verhängen, die den Terrorismus unterstützen, wenn z. B. die diplomatische Immunität zur Unterstützung des Terrorismus mißbraucht wird, sollten die betreffenden Diplomaten von den übrigen NATO-Ländern für einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren nicht akkreditiert werden;
 - c) sich dafür einzusetzen, daß der Grundsatz: Strafverfolgung oder Auslieferung (aut dedere aut punire) zu einem gewohnheitsrechtlichen Verfahren des Völkerrechts wird;
 - d) entsprechende gesetzliche Bestimmungen zu verabschieden, um zu verhindern, daß finanzielle Mittel in die Hände von Terroristen gelangen;
 - e) weiterhin die Sicherheitseinrichtungen für Flughäfen, Häfen, Botschaften und für andere mögliche Ziele von Terroranschlägen sowie die Koordination zwischen nationalen Polizeibehörden und anderen Regierungsstellen zu verbessern;
 - f) sich Konzepten anzuschließen im Hinblick auf gesetzliche Regelungen und Bestimmungen, deren Übernahme für einzelne Länder nützlich sein könnte, und jede zweckdienliche Hilfe, einschließlich technologischer Art, zur Bekämpfung des Terrorismus zur Verfügung zu stellen;
 - g) dem Grundsatz, gegenüber Terroristen oder denjenigen, die sie unterstützen, keinerlei Konzessionen zu machen, zu verstärkter Beachtung zu verhelfen;
 - h) alle Länder und Parteien, die einen Einfluß auf die Geiselnnehmer ausüben können, zu ermutigen, darauf hinzuwirken, daß alle im Libanon festgehaltenen Geiseln unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden;
 - i) die Einsetzung eines besonderen beratenden Ausschusses in Erwägung zu ziehen, der unter der Schirmherrschaft der NATO mit einer Untersuchung der Bedrohung betraut wird, die durch terroristische Gruppen für Personal und Militäreinrichtungen der Mitgliedstaaten der NATO entsteht, und Empfehlungen zu formulieren, wie man dieser Bedrohung begegnen soll.

betr. die Vertrauensbildenden MaBnahmen

Die Versammlung

1. *ist entschlossen*, sich für die Annahme neuer, einander ergänzender, militärisch bedeutender und tatsächlich verifizierbarer stabilisierender Maßnahmen einzusetzen, die eine größere Transparenz und eine bessere Vorhersehbarkeit militärischer Aktivitäten ermöglichen, um dadurch die Risiken von Überraschungsangriffen oder massiven Offensiven herabzusetzen, die Gefahr eines durch ein Mißverständnis oder eine Fehleinschätzung ausgelösten bewaffneten Konflikts zu verringern und jeden Einsatz von Gewalt für politische Einschüchterungszwecke zu verhindern;
2. *verweist auf* die Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki aus dem Jahre 1975, in denen die Teilnehmerstaaten ihr Interesse an allen Anstrengungen bekunden, die den Abbau militärischer Konfrontationen und die Forderung nach Abrüstung zum Ziel haben;
3. *erkennt* den komplementären Charakter von Rüstungskontrollmaßnahmen an, die die Struktur der Streitkräfte betreffen und auf eine Regulierung der militärischen Aktivitäten abzielen;
4. *stellt fest*, daß die anstehenden Verhandlungen zwischen den 23 Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Paktes über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte (KRK) vielschichtig sind und viel Zeit erfordern werden;
5. *hofft*, daß bei den anstehenden Gesprächen über konventionelle Waffen jede Möglichkeit für Fortschritte gründlich geprüft wird;
6. *ist überzeugt*, daß eine Vereinbarung über Vertrauensbildende Maßnahmen rasch erzielbar ist und daß diese einen substantiellen Beitrag zu einem Verifikationsregime für konventionelle Rüstungsbegrenzungen leisten können;
7. *unterstützt* die Hoffnung auf baldige Fortschritte bei den Verhandlungen über Vertrauensbildende und andere stabilisierende Maßnahmen;
8. *ist ermutigt* durch die Anwendung des Schlußdokuments der im Jahre 1986 veranstalteten Stockholmer Konferenz über vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa;
9. *begrüßt* das zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion im Jahre 1988 geschlossene Abkommen über die gegenseitige vorherige Ankündigung der Abschüsse von strategischen ballistischen Flugkörpern;
10. *vertritt die Überzeugung*, daß weitere Maßnahmen ergriffen werden müssen, um der Verpflichtung, Gewaltanwendung oder -androhung zur Beeinträchtigung der territorialen Unversehrtheit oder der politischen Unabhängigkeit eines Staates zu verhindern, größere Wirksamkeit und stärkeres Gewicht zu verleihen;
11. *fordert die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken dringend auf*,
 - a) auf der Grundlage der auf dem Gipfel vom Mai 1988 erzielten Ergebnisse Maßnahmen auszuhandeln, die die Vorankündigung großangelegter Übungen strategischer Nuklearwaffen vorsehen, und auch solche Maßnahmen einzubeziehen, die den Start schwerer Bomber und die Auflockerung von U-Boot-Flotten mit ballistischen Flugkörpern betreffen, wobei Zeitraum und Obergrenzen zu vereinbaren sind;
 - b) die Möglichkeit der Aufnahme von Verhandlungen über ein Verbot des innerhalb kurzer Zeitabstände erfolgenden Mehrfachabschusses ballistischer Flugkörper zu untersuchen;
 - c) festzustellen, ob der Anwendungsbereich des 1972 geschlossenen Abkommens über Zwischenfälle auf See erweitert werden kann, um insbesondere Zwischenfälle in ihren jeweiligen Hoheitsgewässern zu vermeiden;
 - d) die bestehenden regelmäßigen Kontakte zwischen Vertretern ihrer jeweiligen Streitkräfte zu konsolidieren und auszudehnen und
 - e) regelmäßig Informationen über ihre Programme offensiver und defensiver strategischer Nuklearwaffen sowie über ihren Verteidigungshaushalt auszutauschen;
12. *fordert die 35 Teilnehmerstaaten der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa dringend auf*, während der nächsten Tagung dieser Konferenz weitere Maßnahmen zu verabschieden, die mit dem Mandat von Madrid aus dem Jahre 1983 in Einklang stehen und insbesondere vorsehen,
 - a) Informationen auszutauschen über Standort, Zahlenverhältnis und Struktur der im Einsatzgebiet befindlichen Streitkräfte unter Aufgliederung in Geschwader und Regimenter;
 - b) die Möglichkeit zu untersuchen, ständige Beobachter in der Nähe der großen militärischen Flughäfen, Häfen und Basen im Einsatzgebiet zu stationieren;
 - c) den Unterschied zwischen Ankündigungs- und Beobachtungsgrenzen zu beseitigen;
 - d) den Beobachtern die Verwendung eigener Kameras und Diktiergeräte zu gestatten;
 - e) die Zahl der zulässigen Inspektionen pro Jahr zu erhöhen;
 - f) die ankündigungspflichtigen Aktivitäten zu begrenzen, die nicht im Jahreskalender vorgesehen sind;
 - g) regelmäßige Treffen zu veranstalten, um über ihre jeweilige Militärdoktrin zu diskutieren und Erfahrungen über die Anwendung der Bestimmungen auszutauschen, und
 - h) Umfang, Dauer, Häufigkeit und andere charakteristische Merkmale derjenigen Aktivitäten

ten herabzusetzen, die außerhalb der Garnison stattfinden, um sicherzustellen, daß militärische Aktivitäten, selbst wenn sie ordnungsgemäß angekündigt und überwacht werden, nicht als Tarnung für ein Aggressionspotential dienen können, und dadurch die Atmosphäre von Vertrauen und Sicherheit in ganz Europa zu verstärken;

13. *fordert* die Regierungen der Mitgliedsländer des Atlantischen Bündnisses und der Organisation des Warschauer Paktes *dringend auf*,

a) auf eine baldige Vereinbarung über vertrauensbildende und andere stabilisierende Maßnahmen, einschließlich der in Abschnitt 12 erwähnten Maßnahmen in bezug auf Datenaustausch und Inspektionen/Beobachtungen, hinzuwirken, mit dem Ziel:

i. Fortschritte auf dem Weg zu stabilisierenden Reduzierungen bei den konventionellen Streitkräften vorzuweisen;

ii. zur Rahmenlegung für die Überprüfung der Einhaltung potentieller struktureller Reduzierungen in bezug auf die Streitkräfteniveaus beizutragen,

14. *fordert* das Nordatlantische Bündnis *dringend auf*, nach Möglichkeiten für Vertrauensbildende Maßnahmen im Bereich der Seestreitkräfte zu suchen.

EntschlieBung 201 (1988)

betr. die Ost-West-Zusammenarbeit im Bereich von Wissenschaft, Technik und Umwelt

Die Versammlung

1. *stellt fest*, daß die formellen Treffen zwischen den Ministern der westlichen Länder und ihren Amtskollegen aus Osteuropa und der Sowjetunion zunehmen und daß die Zahl der im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit geschlossenen Abkommen sowie der industriellen Gemeinschaftsunternehmen zwischen Ost und West ansteigt;

2. *ist sich jedoch bewußt*, daß der Ost-West-Zusammenarbeit in einigen Bereichen gegenwärtig gewisse Grenzen gesetzt werden müssen, um den Export militärisch relevanter Technologien zu verhindern;

3. *erkennt an*, daß die Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik ein sinnvolles Mittel für eine effizientere Nutzung der in diesen Bereichen vorhandenen Ressourcen ist, mit dessen Hilfe auch die Gemeinschaftsunternehmen so strukturiert werden könnten, daß sie sowohl für den Osten als auch für den Westen von Vorteil wären;

4. *vertritt die Überzeugung*, daß eine solche Zusammenarbeit die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West konsolidie-

ren und so einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen leisten würde;

5. *erkennt an*, daß es in vielen Bereichen, wie z. B. denen der Medizin und der Umwelt, beachtliche Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit gibt, und

6. *ist der Überzeugung*, daß eine solche Zusammenarbeit im Bereich der Umwelt geboten ist, um den zahlreichen Problemen zu begegnen, die weltweit im Zusammenhang mit der Verschmutzung der Atmosphäre und der Meere, der Entsorgung gefährlicher Abfälle und der Erhaltung der Biosphäre entstanden sind, aufgrund ganz eindeutiger Beweise, daß der Vorgang der Erwärmung der Erde in den nächsten Jahrzehnten dramatische Umweltveränderungen mit katastrophalen Auswirkungen auf das Überleben vieler Tier- und Pflanzenarten, die Landwirtschaft sowie die Überschwemmung dicht besiedelter Küstenlandstreifen zur Folge haben wird;

7. *ist daher der Überzeugung*, daß die Erwärmung der Erde für die Menschheit eine mit der Gefahr eines Nuklearkrieges vergleichbare Bedrohung darstellt und daß sich die internationale Völkergemeinschaft ebenso aufmerksam den Bemühungen um eine Verhinderung dieser biosphärischen Verschlechterung widmen sollte;

8. *ist sich bewußt*, daß der verstärkte „Treibhaus-Effekt“ als Auslöser der Erwärmung der Erde ein von den Menschen selbst verschuldetes Phänomen darstellt, das auf massive Emissionen von Kohlendioxid, Fluorkohlenwasserstoffen und anderen Spurengasen in die Atmosphäre in Verbindung mit der raschen weltweiten Zerstörung der Regenwälder zurückzuführen ist;

9. *ist sich jedoch bewußt*, daß immerhin zwei Drittel der gegenwärtigen Spurengasemissionen von den Ländern des Nordatlantischen Bündnisses und des Warschauer Paktes ausgehen und daß die Industrieländer auch an finanziellen Aktivitäten, die die Zerstörung der Regenwälder der Erde zur Folge haben, beteiligt sind;

10. *folgert* daraus, daß es in den Händen der Länder des Nordatlantischen Bündnisses und des Warschauer Paktes liegt, das Fortschreiten der Erwärmung der Erde durch entschiedene Maßnahmen zu verlangsamen, die den für den „Treibhaus-Effekt“ verantwortlichen Faktoren entgegenwirken;

11. *unterstützt* ohne jeden Vorbehalt die Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki, in denen die westlichen und die östlichen Länder ihre Absicht bekundet haben, die Hindernisse einer Ost-West-Zusammenarbeit im Bereich von Wissenschaft und Technik zu beseitigen;

12. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsländer des Atlantischen Bündnisses *dringend auf*,

a) ihre Bemühungen um die Förderung der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit mit den COMECON-Ländern zu ver-

stärken und insbesondere die Zusammenarbeit in Umweltbereichen, wie z. B. der Verschmutzung der Atmosphäre und der Meere, der Entsorgung gefährlicher Abfälle und des Schutzes der Biosphäre, anzuregen;

- b) die Aktivitäten des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen zum Schutz der Biosphäre zu fördern und zu unterstützen;
- c) in der nationalen Politik dem Problem der Erwärmung der Erde höchste Priorität einzuräumen, indem Zielvorhaben für die Reduzierung von Spurengasemissionen und die Einführung von Maßnahmen zur effizienteren Energienutzung gesetzt sowie nationale Finanzierungs- und sonstige Hilfen für Aktivitäten, die zur weltweiten Zerstörung der Regenwälder beitragen, eingestellt werden und – wo es möglich ist – eine umfassende Aufforstung gefördert wird;
- d) sich darum zu bemühen, die geeigneten Foren innerhalb der NATO, einschließlich des Wissenschaftsausschusses und des Ausschusses „Herausforderungen an die Moderne Gesellschaft“, für die Durchführung einer Studie zu nutzen, die im Dezember 1989 abgeschlossen sein, die für die Erwärmung der Erde verantwortlichen Faktoren untersuchen und geeignete Gegenmaßnahmen erarbeiten soll;
- e) das Problem der Erwärmung der Erde ganz oben auf die Tagesordnung der Ost-West-Diskussionen zu setzen und den Regierungen der Mitgliedsländer des Warschauer Paktes sowie allen anderen Industrieländern ein umfassendes Programm gemeinsamer kooperativer Aktivitäten und Maßnahmen zu unterbreiten, das insbesondere folgende Punkte vorsieht:
 - i. Austausch von Informationen und wissenschaftlichen Analysen;
 - ii. multilaterale Verpflichtungen zur Reduzierung von Spurengasemissionen und zur Verbesserung der Energieerhaltung und -nutzung;
 - iii. multilaterale Maßnahmen zum weltweiten Schutz der Regenwälder;
- f) zusätzliche Maßnahmen in dieser Hinsicht zu ergreifen, wie z. B. eine verstärkte sprachliche Ausbildung und die Gewährung von Auslandsstipendien, um die Intensivierung des wissenschaftlichen und technischen Austauschs zwischen Ost und West zu erleichtern;
- g) den privaten Sektor zu ermutigen, neue Bereiche für die Gründung weiterer industrieller Gemeinschaftsunternehmen zwischen östlichen und westlichen Ländern aufzutun, und die westlichen Unternehmen zu veranlassen, die Technologien des Ostblocks verstärkt zu nutzen;
- h) bei der Schaffung stabiler und für beide Teile förderlicher Ost-West-Beziehungen auf einer

Zusammenarbeit im Bereich von Wissenschaft, Technik und Industrie aufzubauen.

Entschließung 202 (1988)

betr. die nukleare Nichtweiterverbreitung

Die Versammlung

1. *unterstützt* die von der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) im Bereich der nuklearen Sicherungsmaßnahmen und in bezug auf die Anwendung des Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen unternommenen Anstrengungen, um zu gewährleisten, daß nukleare Technologie und atomare Stoffe, die für die zivile Nutzung bestimmt sind, nicht für militärische Programme zweckentfremdet werden;
2. *stellt mit Besorgnis fest*, daß die von der IAEA in bezug auf die nuklearen Sicherungsmaßnahmen geleistete hervorragende Arbeit durch die Tatsache beeinträchtigt wird, daß deren Mitgliedsländer einer Erhöhung der für diesen Bereich vorgesehenen Haushaltsmittel nicht zugestimmt haben, obwohl die Zahl der nuklearen Anlagen weltweit zunimmt;
3. *ist sich bewußt*, daß der Erwerb von Anlagen zur Urananreicherung oder zur Wiederaufbereitung nuklearer Brennelemente eine wesentliche Voraussetzung zur Herstellung von Kernwaffen ist, und
4. *stellt fest*, daß insbesondere die neuen Spitzentechnologien zur Urananreicherung die Entwicklung neuer Techniken zur Aufrechterhaltung der nuklearen Sicherungsmaßnahmen erfordern werden;
5. *ist bestürzt* über den Schmuggel mit nuklearem Material, durch den einige Länder widerrechtlich in den Besitz sicherheitsempfindlicher nuklearer Technologien gelangt sind;
6. *ist beunruhigt* über die nuklearen Programme derjenigen Länder, die dem Nichtweiterverbreitungsvertrag nicht beigetreten sind, und insbesondere darüber, daß einige dieser Länder in den Besitz von Anlagen zur Anreicherung und Wiederaufbereitung gelangen konnten;
7. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsländer des Bündnisses *dringend auf*,
 - a) ihre Beiträge zum Budget der IAEA für nukleare Sicherungsmaßnahmen zu erhöhen;
 - b) bei der dringend erforderlichen Entwicklung von Sicherungstechniken, die auf die neuen Anreicherungstechnologien anwendbar sind, zusammenzuarbeiten;
 - c) alle Länder zu ermutigen, dem Nichtweiterverbreitungsvertrag beizutreten;
 - d) ihre Exportkontrollen und ihre diplomatischen Bemühungen zu intensivieren, um der Weiterverbreitung sicherheitsempfindlicher nuklearer Technologien Einhalt zu gebieten;

- e) das für den Schmuggel nuklearer Technologie vorgesehene Strafmaß erheblich zu verschärfen.

EntschlieBung 203 (1988)

betr. Gorbatschows Herausforderung für das Bündnis

Die Versammlung

1. *erkennt an*, daß der Erfolg des Atlantischen Bündnisses bei der Erhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa auf den Zusammenhalt und die Solidarität seiner Mitglieder sowie auf seine Anpassungsfähigkeit an veränderte Rahmenbedingungen zurückzuführen ist;
2. *vertritt die Überzeugung*, daß die Prinzipien des Harmel-Berichts weiterhin die Grundlage bilden für die Sicherheitspolitik des Bündnisses und die Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens in Europa;
3. *betont*, daß die Abschreckungs- und Verteidigungsstrategie, wenn sie glaubwürdig und wirksam sein soll, weiterhin auf der Grundlage einer angemessenen Zusammensetzung nuklearer und konventioneller Streitkräfte beruhen muß, wobei nur das nukleare Element einen potentiellen Angreifer vor ein nicht akzeptables Risiko stellen kann;
4. *erkennt die komplementäre und essentielle Rolle an*, die die Rüstungskontrollverhandlungen in bezug auf die Verbesserung von Sicherheit und Stabilität auf einem möglichst niedrigen Streitkräfte-niveau spielen können und sollten;
5. *ist sich bewußt*, daß die Unterstützung von seiten der öffentlichen Meinung und der Parlamente für die Sicherheitspolitik und die Zukunft des Bündnisses von entscheidender Bedeutung ist;
6. *begrüßt* die von der Sowjetunion abgegebenen Erklärungen über das ihrer Sicherheitspolitik zugrundeliegende „neue Denken“ und insbesondere die Tatsache, daß die Sowjetunion anerkannt hat, daß Sicherheit auf Gegenseitigkeit beruht, daß sie die Notwendigkeit einer Beseitigung bestehender Ungleichgewichte akzeptiert hat und gewillt ist, ihre Streitkräfte neu zu strukturieren und diesbezüglich detaillierte Angaben zu machen, wobei es sich um Erklärungen handelt, die im Falle ihrer Verwirklichung einen substantiellen Beitrag zur Schaffung stabilerer und sicherer Ost-West-Beziehungen leisten könnten;
7. *stellt fest*, daß viele von diesen sowjetischen Erklärungen zwar in der westlichen Öffentlichkeit beträchtliche Resonanz finden, aber bislang noch nicht zu einer Verringerung des militärischen Potentials der Sowjetunion geführt haben;
8. *ist ebenfalls besorgt* über die Tatsache, daß mehrere zentrale Merkmale der sowjetischen Sicherheitspolitik, die den Westen schon lange beunruhigen, sich bis heute nicht geändert haben, wie z. B. insbesondere die Aufrechterhaltung und die

fortgesetzte Modernisierung der Streitkräfte über das vernünftige Mindestmaß hinaus, der dementsprechend hohe Anteil der sowjetischen Verteidigungsausgaben und vor allem die in den osteuropäischen Ländern erfolgte Vornedislozierung umfangreicher sowjetischer Streitkräftepotentiale, die ohne jeden Zweifel so strukturiert sind, daß sie rasch zu einem Angriff übergehen können;

9. *bekräftigt erneut*, daß die Fortschritte in den Ost-West-Beziehungen, wenn sie Bestand haben sollen, globaler Natur sein müssen und ebenfalls sämtliche in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa enthaltenen Dimensionen miteinbeziehen und vertiefen sollten, einschließlich der Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen, umweltpolitischen, humanitären und anderen Bereichen;
10. *ist daher der Überzeugung*, daß das Bündnis, wenngleich es keine Gelegenheit auslassen sollte, um die Sicherheit seiner Völker und die Stabilität der Ost-West-Beziehungen zu konsolidieren, dieses Ziel auf der Grundlage spürbarer und praktischer Maßnahmen erreichen sollte, die gemeinsam abgestimmt und verwirklicht werden;
11. *fordert die Regierungen der Mitgliedsländer des Atlantischen Bündnisses dringend auf*,
 - a) sich vorrangig mit der Entwicklung und Verbreitung eines umfassenden Rüstungskontroll- und Abrüstungskonzepts zu befassen, das der Bündnispolitik bei den laufenden und zukünftigen Verhandlungen als Richtlinie dienen und vor allem gewährleisten soll, daß die Modernisierungsanforderungen des Bündnisses und seine auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle verfolgten Ziele einander ergänzen und stärken;
 - b) im Rahmen dieses Konzepts die erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Wirksamkeit der nuklearen und konventionellen NATO-Streitkräfte zu ergreifen und gleichzeitig auf dem Wege der Rüstungskontrolle die Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität auf einem niedrigeren Streitkräfteniveau zu verfolgen;
 - c) für die kommenden Gespräche über konventionelle Stabilität einen militärisch signifikanten Vorschlag auszuarbeiten, der auf eine substantielle Verringerung der am stärksten destabilisierenden Ungleichgewichte zwischen den konventionellen Streitkräften des Bündnisses und denen des Warschauer Paktes abzielt, allen Staaten dasselbe Sicherheitsniveau verschafft, klar und verständlich abgefaßt ist und somit von der öffentlichen Meinung mitgetragen werden kann;
 - d) zur Unterstützung der bei den Gesprächen über konventionelle Stabilität gemachten Vorschläge umfassende Daten und Informationen im Hinblick auf das Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte zwischen dem Bünd-

nis und dem Warschauer Pakt zu veröffentlichen;

- e) auf der Grundlage des 1986 verabschiedeten Stockholmer Dokuments neue konkrete vertrauensbildende Maßnahmen vorzuschlagen, die militärisch signifikant und verifizierbar sind und einen Informationsaustausch über den normalen Standort der Einheiten in Friedenszeiten sowie ausgewogene Beschränkungen umfassen bezüglich der Dauer, des Einsatzgebietes, der Häufigkeit, des Umfangs und weiterer charakteristischer Merkmale von außerhalb der Garnison stattfindenden Aktivitäten der Landstreitkräfte;
 - f) die Vertrauensbildenden Maßnahmen im Bereich der Seestreitkräfte zu untersuchen;
 - g) mit dem Warschauer Pakt innerhalb eines geeigneten Forums Gespräche aufzunehmen über Militärdoktrin und Militärstrategie, operative Konzepte, Verteidigungshaushalt und Rüstungsproduktion;
12. fordert die Regierungen der Mitgliedsländer des Warschauer Paktes *dringend auf*,
- a) rasch konkrete Beweise für den von ihr bekräftigten Willen zur Realisierung einer rein defensiven Militärplanung zu erbringen, indem sie

i. das gegenwärtige Ausmaß der Modernisierung ihrer Streitkräfte, insbesondere ihres Angriffspotentials, wie z. B. der Panzer, reduzieren, um ein weniger bedrohliches Niveau zu erreichen;

ii. Angaben über ihre Truppenstärken und ihre Verteidigungsausgaben veröffentlichen;

iii. ihre Absicht, ihr derzeitiges militärisches Potential nicht weiter zu erhöhen, durch entsprechende militärische Maßnahmen konkretisieren;

b) das Prinzip anzuerkennen und zu verwirklichen, demzufolge die Sicherheit in Europa nicht nur von militärischen, sondern auch von politischen, wirtschaftlichen, umweltpolitischen und vor allem humanitären Faktoren abhängt und demzufolge die Herbeiführung einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa unbedingt voraussetzt, daß die Völker aller Staaten in der Lage sind, Gedanken und Informationen frei auszutauschen, die fundamentalen Menschenrechte zu genießen und über ihre eigene Zukunft zu bestimmen.